Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 496 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Dienstag, 7. Oktober

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Das neue türkische Ministerium ist gebildet worden.

* Der König von Italien hat durch Dekret den Friedensvertrag ratifiziert.

* In dem mehrtägigen Neukölliner Unruhen-Prozeß gegen Mitglieder der R. S. W. vor dem Kommandantengericht, wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen.

* Die Rumänen ziehen ihre Truppen aus den ungarischen Städten auf die bei den Bukarester Verhandlungen festgelegten Linien zurück.

* Nach Meldungen aus Paris nimmt man an, daß der Völkerbund demnächst zur ersten Sitzung zusammentreten wird.

Italien hat ratifiziert

Durch königliches Dekret.

Paris, 6. Oktober.

(Havas.) Der römische Berichterstatter des „Petit Journal" meldet, daß der König von Italien den Vertrag von Versailles auf Grund der im letzten Ministerrat gefaßten Beschlüsse heute durch Dekret ratifiziert hat.

Das neue türkische Ministerium

Versailles, 6. Oktober.

Wie die Pariser Abendpresse meldet, ist in Konstantinopel ein neues Ministerium Ali-Riza-Pascha gebildet worden, das sechs Minister des alten Ministeriums enthält. Minister für auswärtige Angelegenheiten wird Mustafa Reschid Pascha, Kriegsminister Djemal Pascha. Das Irade des Sultans erteilt dem neuen Ministerium den Auftrag, sofort die Wahlen vorzunehmen und das Parlament einzuberufen.

Ist Wilson geisteskrank?

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

XX Bern, 6. Oktober.

In italienischen Kreisen geht das Gerücht, daß Präsident Wilson geisteskrank sei, so daß er in eine Anstalt aufgenommen werden müsse. Der bedeutendste amerikanische Nervenarzt Professor Bergun ist, wie der „Corriere della Sera" aus Paris meldet, an Wilsons Krankenlager gerufen worden, der infolge Nervenschwäche von fixen Ideen geplagt sein soll.

Amsterdam, 7. Oktober.

Die „Times" erfahren aus Washington: Obwohl mitgeteilt wurde, daß der Zustand Wilsons sich gestern gebessert habe, befürchtet man, daß es noch lange dauern werde, ehe Wilson seine Arbeiten wieder aufnehmen kann. Man überlegt, ob es notwendig sein wird, den Vizepräsidenten zu beauftragen, an Wilsons Stelle zu treten. Wilson kann wegen seiner Erkrankung auf der Industriellenkonferenz nicht den Vorsitz führen.

Ratifikation und Völkerbund

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Genf, 6. Oktober.

Entgegen den aus Washington verbreiteten Meldungen, wonach der Völkerbund zu Beginn des nächsten Jahres zusammentreten soll, verlautet in Pariser offiziösen Kreisen, daß er schon gegen Ende dieses Monats zusammenberufen werden müsse, um die ihm obliegenden Aufgaben zur Frage des Friedensvertrages in Angriff zu nehmen. Der Senat wird den Vertrag Ende dieser Woche ratifizieren, so daß, nachdem auch Italien ratifiziert hat, in einigen Tagen die für das Inkrafttreten des Vertrages notwendige Ratifikation von drei Großmächten besiegelt sein wird.

Die Auflösung der Nationalversammlung

Die Etatsdebatten in der Nationalversammlung.

Die Etatsdebatten werden sich in diesem Jahre im Reichsparlament in anderen Bahnen als sonst bewegen. Zunächst ist beabsichtigt, die ganze Etatsberatung in 14 Tagen zu erledigen. Zu diesem Zwecke wird eine große politische und eine große wirtschaftliche Debatte stattfinden, zu denen jede Partei einen Redner stellt. Diese Debatten werden die laufende Woche in Anspruch nehmen und auch die Regierung wiederholt eingreifen sehen. Die zweite Woche dient der Einzelberatung der Etats. Nach Verabschiedung des Etats tritt eine mindestens dreiwöchige Pause in den Vollversammlungen ein, damit die Ausschüsse ihre Arbeiten beenden können. Von Mitte November bis Mitte Dezember will die Nationalversammlung alle vorliegenden Entwürfe verabschieden. Ob die Nationalversammlung im neuen Jahr noch zusammentritt, läßt sich noch nicht sagen. Da im März 1920 mit Neuwahlen zu rechnen ist, wird im Januar bereits der Wahlkampf einsetzen. Die Regierung will eine Auflösung der Nationalversammlung aber nicht zu frühzeitig aussprechen, um nicht zu lange Zeit ohne Parlament zu regieren, dessen Zusammentritt jederzeit notwendig werden könnte. Die Auflösung der Nationalversammlung ist also vor Februar 1920 nicht zu erwarten.

*

Die preußische Landesversammlung beabsichtigt, Ende Oktober eine kleine Pause in ihren Beratungen eintreten zu lassen, um den Ausschüssen Gelegenheit zu zusammenfassenden Arbeiten zu geben. Die Etatsberatung wird im Preußenparlament bis in den November hinein währen, da alle vorliegenden Anträge mit der Etatsberatung verbunden werden. Nach Erledigung der Etatsberatung soll die Verfassungsvorlage, deren Einbringung bevorsteht, zur Beratung gestellt werden. Man rechnet damit, daß das Preußenparlament seine Arbeiten vor Ostern 1920 nicht beendet haben wird. Neuwahlen können in Preußen vor dem Mai nächsten Jahres kaum in Betracht kommen. Die preußische Regierung möchte ein zeitliches Zusammenfallen der Wahlen im Reich und in Preußen unter allen Umständen vermeiden, um die im Winter 1919 zutage getretenen Mißstände, die aus Doppelwahlen sich ergeben, nicht noch einmal zu wiederholen.

Der Wiederaufbauminister

Nachdem Geheimrat Wiedfeld und Dr. Melchior die an sie ergangene Aufforderung, das neugebildete Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen zu übernehmen, abgelehnt haben, kommen für diesen Posten unter anderen in Betracht: Oberbürgermeister Geßler in Nürnberg und der badische Minister des Aeußeren Dr. Dietrich.

Der Baltikum-Abmarsch

(Von unserem hf.-Berichterstatter.)

Königsberg, 7. Oktober.

Die deutschen Truppen im Baltikum sollen, wie die „Kopenhagener Allgemeine Zeitung" aus Mitau berichtet, nach dem letzten Notenwechsel gewillt sein, im Baltikum zu bleiben. Auch die Vermondtsche Division scheint in Kurland bleiben zu wollen. Wenigstens hat man sich in einer Offiziersversammlung in Mitau dafür ausgesprochen.

Abzug der Rumänen aus Ungarn

Wien, 6. Oktober.

Blättermeldungen aus Raab zufolge verließ die letzte rumänische Abteilung Raab, worauf die ungarischen Truppen einrückten. Auch die rein ungarischen Städte Papa, Bazzapoin und Stuhlweißenburg seien frei. Auch Budapest haben die rumänischen Truppen gleichfalls größtenteils verlassen, um die Linien zu besetzen, die bei den Bukarester Verhandlungen festgelegt wurden.

Wien, 6. Oktober.

Aus Budapest wird gemeldet, daß dort 1800 englische Soldaten angekommen sind und man noch weitere 2000 italienische erwartet. Diese Truppen sollen nach dem Abmarsch der Rumänen den Polizeidienst verrichten.

Der Metallarbeiterstreik

Die Mitteilung von der Generalstreikdrohung des Metallarbeiterverbandes geht auf Informationen durch die Streikleitung zurück. Man wird gut tun, zunächst das Ergebnis der heutigen Sitzung der Gewerkschaftskommission abzuwarten. Die Streikleitung weiß wohl, daß sie die Arbeiterschaft schon lange nicht mehr hinter sich hat und der Beginn neuer Verhandlungen ist ihr gewiß erwünschter als der Generalstreik. Am 13. Oktober beginnt die Generalversammlung.

Mordattentat auf die Sowjets

** Zürich, 6. Oktober.

Wie aus Stockholm gemeldet wird, hat am 29. September in Moskau ein Mordattentat gegen Mitglieder der Sowjetregierung stattgefunden. Dieses Attentat richtete sich gegen das „Zentral-Exekutiv-Komitee", das im Kreml seinen Sitz hat. Dabei wurden eine Anzahl Personen getötet. Unter ihnen sollen sich Kamenew, Sagowski und Stecklof befinden. Die Zahl der Verletzten beträgt 40 Personen, unter ihnen eine Reihe Regierungsmitglieder.

Aus Stockholm wird gemeldet, daß sich neuerdings ein zweites Attentat auf die Sowjetregierung am 25. September bestätigt. Die blutigen Vorgänge in Moskau beweisen, daß nun eine ernste Aufregung gegen die Sowjetregierung beginnt. Im Zusammenhang damit stehen offenbar auch die ununterbrochenen Versuche der Moskauer Regierung, Frieden zu schließen, die allerdings bisher nicht durch die Schuld Moskaus zu keinem Ergebnis gelangt sind.

+ Kopenhagen, 7. Oktober.

„Extrablatt" bringt den Bericht einer Frau, die aus Rußland geflohen ist. Diese schildert das Leben des Bürgertums unter den Bolschewisten als wahre Hölle. Sie erzählt, daß sie von dem nahe ihrer Wohnung gelegenen Kirchhof jede Nacht Schüsse gehört habe, die von regelmäßigen Hinrichtungen der Bolschewisten herrührten. Es sollen in jeder Nacht etwa 100 Personen hingerichtet worden sein. Die Not in Petersburg sei unbeschreiblich.

1. Parteitag des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei

Trotz der ungünstigen Stunde begann Montag schon in der Frühe der 1. Parteitag des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei. Im großen Saale des Lehrervereinshauses hatte sich dazu eine Teilnehmerschar von mehreren hundert Abgeordneten und Gästen eingefunden, darunter auch zahlreiche Damen. Die Leitung hatte der 1. Vorsitzende, Landrichter a. D. Dr. Kaufmann, Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

In seinen Begrüßungsworten, in denen er auch die nahestehende Presse erwähnte, nahm er diese Presse gegen die maßlosen Angriffe des Finanzministers Genossen Dr. Südekum in Schutz und gab ihm diese Angriffe zurück mit einem Hinweis auf Eigenart und Charakterwert der hinter Herrn Südekum stehenden Blätter. Eingehend behandelte Dr. Kaufmann das

Hergtsche Ordnungsprogramm,

dessen Bedeutung in grundsätzlicher und praktischer Hinsicht er darlegte, wobei er zum Verständnis mit aller Schärfe hervorhob, daß es sich um ein Kompromißprogramm handele, nicht um ein Parteiprogramm. Es sind darin Zugeständnisse gemacht, die unter Umständen vom Standpunkte des Parteiprogramms nicht unbedenklich wären. Die Bedeutung dieses Kompromisses ist, daß alle die, denen des Vaterlandes Wohl am Herzen liegt, mit uns zusammengehen sollen und daß die sich hier zusammenfindenden Parteien einmal auch die Regierung übernehmen können. Dazu bringen wir Opfer, aber wir bringen sie aus Liebe zum Vaterlande. (Zustimmung.) Möge man daraus ersehen, daß auch hier wieder die Deutschnationalen das Vaterland über die Partei stellen. (Beifall.) Dr. Kaufmann setzte sich dann gründlich mit dem Vorwurf des Sozialdemokraten Heilmann auseinander: das Hergtsche Ordnungsprogramm sei ja nur dem Erfurter Programm abgeguckt. In sachlicher Gegenüberstellung führte der Redner demgegenüber aus, daß davon gar keine Rede sein könne, schon aus der sehr einfachen Erwägung heraus, daß das Erfurter Programm seinem Gesamtgeiste nach ein Klassenprogramm des Klassenkampfes darstellt, während im vollsten Gegensatz dazu das Prinzip der Deutschnationalen Volkspartei das Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit sei. Im einzelnen führte das Dr. Kaufmann näher aus, dabei besonders bei der schwierigen Frage der Sozialisierung verweilend. Energisch verwahrte er die Partei dagegen, daß sie mit diesem Programm etwa

in die jetzige Regierung eintreten

wolle. Daran denken wir gar nicht. (Bravo!) Schon unsere Grundsätze schließen das aus; dann aber ist auch die jetzige Regierung dermaßen belastet, daß wir wahrhaftig nicht so dumm sein werden, unsere herrliche Position zu verlassen und mit den Herrschaften zusammenzugehen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber etwas anderes müssen wir tun: wir müssen aus der Minderheit herauskommen! (Lebhafte Zustimmung.) Darum heißt es arbeiten, heißt es schaffen, heißt es organisieren und auch die Stärkung des Kriegsschatzes nicht zu vergessen. Jetzt hat — und mit diesem Ausruf von Hergt schloß Dr. Kaufmann unter stürmischem Beifall — jetzt hat das Volk das Wort!

Den Geschäftsbericht erstattete darauf der Hauptgeschäftsführer Berg, der einen Einblick auch in die kleinen Winkel der Arbeit gewährte und für Dezentralisation eintrat, damit bei den nächsten Wahlen mehr Uebersicht und Klarheit herrschen kann. Die Deutschnationale Volkspartei hat in Berlin jetzt 42 Ortsgruppen. Es sei durchaus Erfreuliches geleistet worden, hätte aber viel mehr erreicht werden können. Darum Hand ans Werk! Die Massen beginnen einzusehen, wie schlecht sie geführt werden waren, der nationale Gedanke wächst. (Beifall.)

Danach sprach Abg. Laverrenz über die

Tätigkeit der Deutschnationalen Fraktion in Weimar.

Bei dieser Gelegenheit äußerte er auch einiges Grundsätzliche über die Haltung der Fraktion. Wir stehen, sagte er u. a., einer Mehrheit von Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie gegenüber — dieselbe Mehrheit, die seit der Friedensresolution Land und Volk regiert (Zurufe: verraten!) hat. In dieser Mehrheit sitzen die Männer des 9. November, die als Urheber die Revolution entfaltet haben, die Revolution, die wir immer und immer wieder kennzeichnen werden als das furchtbarste Verbrechen am deutschen Volke, das je verübt worden ist. (Stürm. Beifall.) In dieser Mehrheit sitzt Erzberger, der Reichsverderber. (Rufe: Nieder mit ihm!) Es sitzen darin die Wilsonschnörrner (Rufe: Die Juden!), die uns „Völkerversöhnung" vorgegaukelt hatten. Können wir bei unserer Weltanschauung mit einer solchen Regierung zusammengehen oder in sie in irgendeiner Form eintreten? Darauf kann nur die Antwort sein: Niemals! (Stürmischer Beifall.) Wir müssen eingestellt sein auf die schärfste Opposition! (Lebhafte Zustimmung.) Darüber muß vollste Klarheit herrschen, nicht allein bei allen unseren Freunden, sondern auch bei unseren Führern. (Lebhafte Zustimmung.) So sehr ich anerkenne, daß in dem sogenannten Ordnungsprogramm unseres Führers Abg. Hergt sehr Gutes schlummert, so stehe ich doch nicht an, ebenso zu erklären, daß leider Gottes eine gewisse Besorgnis und Unruhe durch die Art der Fas-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910072-14/fragment/page=0001

mulierung der Forderungen ins Land getragen ist. (Sehr richtig!) Ich nehme es auch auf mich, auszusprechen: Die Parteileitung zu bitten, in bezug auf derartige Kundgebungen doch die allergrößte Vorsicht walten zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Nur ein unbedingt klares Ziel, eine eindeutige Marschrichtung wird die Werbekraft entwickeln können, mit der wir Land und Massen an uns fesseln können. (Zustimmung.) Der Redner wies dann darauf hin, daß die Deutschnationale Volkspartei sich als unbedingt lebenskräftig erwiesen habe dank ihrer Grundsätze:

Christentum, nationaler Gedanke, monarchisches Prinzip.

(Stürmischer Beifall.) Der Redner wies es ab, daß die Partei mit der alten konservativen Partei gleichgesetzt werde und lehnte es auch ab, sich in die Führung „gewisser Kreise des extremen Altkonservatismus" zu begeben. Es sei nicht zu leugnen, daß gewisse Aeußerungen und Kundgebungen des rechten Flügels der Partei mit Besorgnis erfüllt haben, namentlich in den Großstädten und im Westen. Auch auf die „Ehrenerklärung" ging der Redner in seinen Betrachtungen ein. Die Angriffe dagegen bezeichnete er als über das Ziel hinausschließend, hingegen teilte er mit, daß er ein scharfer Bekämpfer dieser „Ehrenerklärung" selbst in der geschehenen Form gewesen sei. (Bravo!) Die Fraktion habe sich stets kräftig zur Monarchie bekannt. (Lebhafter anhaltender Beifall.) Allerdings eine gewaltsame Heraufführung der Monarchie lehnen wir ab. (Sehr richtig!) Die Verfassungsbestimmungen über die Schule würden einen Kulturkampf zeitigen, von dessen Ausmaß und Schärfe man sich heute noch keine Vorstellung machen könne. Weiter kündigte Abg. Laverrenz an, daß die Partei den Kampf gegen Erzberger mit allem Nachdruck fortsetzen werde. (Allseitiger stürmischer Beifall.) Unter Hinweis auf die Angriffe gegen die Fraktion: sie hätte nicht scharf genug Opposition gemacht, erklärte der Redner, daß er jedenfalls an seinem Teile alles tun werde, seinen Freunden den Rücken zu stärken, damit sie nicht weich werden, damit dieser Regierung, die zuletzt ja doch eine verbrecherische Gesellschaft ist, zur rechten Zeit auch das rechte Wort gesagt werde. Durch das ganze Land geht jetzt eine Welle des Mißbehagens. Ueberall zeigt sich der Beginn einer vernünftigen Selbstbesinnung. Arbeiten wir, daß wir dem nationalen Gedanken wieder zum Siege verhelfen! (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende Dr. Kaufmann bemerkte dazu: Wir haben Männer wie Herrn Laverrenz heute ganz besonders nötig und seien Sie uns nicht böse, ganz besonders in der Nationalversammlung! (Lebhafter Beifall.)

Hierauf erstattete Professor Dr.-Ing. Kloß (Charlottenburg), Mitglied der Preußischen Landesversammlung, einen längeren Bericht über die Tätigkeit der

Deutschnationalen Fraktion im Preußenparlament.

Auch er wehrte vom großstädtischen Standpunkte aus den Vorwurf ab, daß die Deutschnationale Partei nur eine Agrarier-Partei sei und er wies darauf hin, daß von den 50 Abgeordneten der Deutschnationalen Fraktion in der Landesversammlung nur 4 Vertreter der Landwirtschaft sich befänden. Auch in der Landesversammlung habe sich die Partei als Oppositionspartei bewährt, aber nicht als Partei der reinen Verneinung. Der Vorwurf, daß die Opposition nicht nachdrücklich genug geführt worden sei, sei nur verständlich aus Mängeln der Berichterstattung, selbst zum Teil der rechtsstehenden Presse, die das Wirken der Deutschnationalen in der Landesversammlung oft nicht genügenden Widerhall finden lasse. Lebhafte Zustimmung erhielt der Redner mit seiner Berichterstattung über die Stellung der Fraktion zur Judenfrage.

Frau Hertha Lübbecke berichtete dann eingehend über die Tätigkeit des Landesfrauenausschusses, wobei sie unter häufiger Zustimmung längere grundsätzliche Ausführungen über die deutschnationale politische Frau, die keine Weiberherrschaft will, machte und dann im einzelnen von den praktischen Arbeiten sprach, die Sammlung und Schulung der Frauen erstrebten, und zwar in Einheitlichkeit mit den Männern.

Nach einer Pause gab Pfarrer Koch, der Führer der Bürgerpartei im Roten Hause, einen Bericht über die Tätigkeit der Deutschnationalen Fraktion in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Wenn Blicke vergiften und Worte töten könnten, so wären wir längst tot. (Heiterkeit.) Noch in der letzten Sitzung erscholl der Ruf von der Tribüne gegen uns herab: Schlagt die Hunde tot! Aber wir arbeiten ruhig weiter für das Wohl der Stadt, wenn auch die Kommunalpolitik sehr schwer ist. Wir sind mit der Deutschen Volkspartei zusammen nur 22 Abgeordnete gegenüber 21 Demokraten und 93 Sozialdemokraten. Von der Erzberger-Partei haben wir uns mangels inneren Zusammenhangs getrennt. Pfarrer Koch erzählte sehr fesselnd aus der Arbeit der Partei und entrollte ein Bild der gegenwärtigen furchtbaren Wirtschaft im Roten Hause, die (um nur ein Gebiet herauszugreifen) z. B. in der Gasversorgung wahrscheinlich dahin führen wird, daß der Gaspreis auf 1 Mk. bis 1,20 Mk. steigen wird. (Hört! hört!) Diesen Zuständen gegenüber ist es von größter Wichtigkeit, daß die deutschnationalen Warner auf dem Posten stehen. Auch in der Berliner Arbeiterschaft wird die Stimmung stärker: früher wars doch besser, denn was ist aus Berlin geworden? Der Redner ist der Ueberzeugung: auch für das Berliner Rote Haus kommt eine andere Zeit! (Lebhafte Zustimmung.)

Die Wahlen, die einstimmig ausgesprochen wurden, hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Abg. Dr. Alexander Kaufmann, 2. Vorsitzender: Abg. Reg.- und Baurat Laverrenz. Beisitzer: Werkmeister Hürtgen (Vertreter: Buchhändler Warthemann), Bankdirektor v. Berger, Stadtrat Berndt, Studienrat Prof. Dr. Hentig, Buchdruckereibesitzer Timm, Generalsekretär Rüffer, Frau Hertha Lübbeke, Frau v. Bissing, Frl. v. Eberhardt.

Hierauf wandte man sich zu den eingegangenen

Anträgen zur Judenfrage.

Diese Anträge verschiedener Ortsgruppen verlangen entschiedene Stellung gegen den zersetzenden jüdischen Einfluß, Ausschließung oder Fernhaltung der Juden von der Deutschnationalen Volkspartei, Blutsbekenntnis der deutschnationalen Führer usw.

In einem länger als einstündigen Vortrage, in dem die theoretische Begründung des Antisemitismus im Vordergrunde stand, sprach Rittmeister v. Ramin unter stürmischem Beifall. Seine Ausführungen gipfelten in den Forderungen der erwähnten Anträge. Der Weitere Vorstand empfiehlt nach seinen eingehenden Verhandlungen in Zusammenfassung der Anträge folgende Beschlußfassung:

„Wir bekennen uns zur völkischen Auffassung in der Politik. Darum bekämpfen wir scharf den überragenden, ihrem kleinen Prozentsatz zur Bevölkerung nicht entsprechenden Einfluß der Juden. Wir fordern entschiedene Stellungnahme gegen den zersetzenden Geist des Judentums."

Abg. Dr. Kaufmann trat kräftig für diesen Antrag ein, der sehr weit gehe und einen großen Fortschritt bedeute. Es gab hierüber reichliche und teilweise sehr lebhafte Auseinandersetzungen. Mit großer Mehrheit wurde der Antrag des Vorstandes angenommen, zugleich aber auch der Vorstand beauftragt, bei der Hauptvorstands-Sitzung dahin zu wirken, daß keine Juden aufgenommen werden.

Hierauf wurde ein Antrag der Ortsgruppe Schönhauser Vorstadt besprochen: Die Parteileitung wolle sich umgehend schlüssig werden über das zukünftige Verhältnis der Deutschnationalen Volkspartei zum Zentrum (der sogenannten Christlichen Volkspartei). Der Berichterstatter, Herr Nassau, zeigte aus der Praxis, daß eine Heranziehung der längst deutschnational gesinnten Katholiken, die der Politik des Zentrums müde geworden sind, eine Notwendigkeit sei. Vielleicht geschehe das am besten in einer besonderen katholischen Gruppe.

In der allgemeinen Aussprache machte Stadtrat Berndt schwere Bedenken geltend gegen die anscheinnd grundsätzliche Wendung der deutsch-nationalen Politik. Das Programm von Hergt habe doch starke Beunruhigung und Verwirrung im Lande erregt und erheblicher Schaden sei nicht zu leugnen. Der Redner ist der Meinung, daß es nicht mit kleinen Anfragen getan sei, daß nicht Abwehr, sondern entschlossene Offensive die Losung sein müsse. (Lebh. Zustimmung.) Die Rolle des geduldeten Mitarbeiters sei nicht beneidenswert. Die Deutschnationale Volkspartei hätte mehr tun müssen in der Frage der deutschen Schuld am Kriege, vielleicht auch in der Schulfrage, Arbeitslosenunterstützung usw. Im Anschluß an diese Ausführungen schlug der Redner folgende Entschließung vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Der Parteitag spricht seinen Vertretern in den parlamentarischen Körperschaften für die geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus. Gleichzeitig gibt er der Erwartung Ausdruck, daß die Parteileitung und die Fraktion sich jederzeit bewußt bleibe, daß nur in schärfster Kampfstellung und Opposition den vaterländischen Zielen zum Siege verholfen werden kann und daß nichts geschehen darf, was als eine Verwischung und Abschwächung dieses entschiedenen Standpunktes gedeutet werden könnte. Im Vordergrunde unserer Arbeit muß der nationale Gedanke stehen, demgegenüber alle anderen Gesichtspunkte zurückzutreten haben."

Mit besonderem Beifall wurden dann die Ausführungen von zwei christlich-sozialen Arbeitern aufgenommen. Metallarbeiter Bartels sagte: Es sind 1 250 000 christlich-nationale Arbeiter da, die sich sehnen, von dem sozialdemokratischen Drucke loszukommen. Wir freuen uns, daß wir in der Deutschnationalen Volkspartei Fuß fassen können. Metallarbeiter Kersten, der Vorsitzende des Reichsausschusses für Arbeiter wünschte Heranziehung der Arbeiter zu Vertrauensleuten, Einrichtung von Beratungsstellen für Arbeiter, Mittel für Gewerkschaftsbeamte zur Ausbildung. Lehrer Diesener brachte noch die Schulfrage zur Sprache.

Mit dem Liede „Deutschland, Deutschland über alles" schloß der Parteitag.

Aufruf zur Volksabstimmung

Deutsche Männer und Frauen!

Bewahrt Euch die deutsche Heimat! Ihr, die Ihr aus Ost- und Westpreußen, aus Oberschlesien und aus Schleswig-Holstein stammt, bewahrt Eurer Heimat auch die Treue, wenn Ihr jetzt in fremdem Land, in fremder Stadt weilt. In Eurer Hand liegt das Schicksal der Gebietsteile, in denen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen. Ihr sollt mit darüber entscheiden, ob Eure Heimat fernerhin noch zum Deutschen Reiche gehören soll. Keiner darf bei dieser Entscheidung fehlen. Jeder tue seine Pflicht! Jeder Abstimmungsberechtigte trage sich in die Fragebogen ein, die am 8. Oktober aus Anlaß der Volkszählung in jede Familie kommen. Es gilt die Abstimmung vorzubereiten, von der Vorbereitung hängt der Erfolg ab.

Jeder hole die Seinigen heran!
Jede Stimme zählt, jede entscheidet!

Zur Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Den unablässigen Bestrebungen der Reichswehr-Befehlsstelle Preußen zufolge hat sich die Entente nunmehr endlich bereit erklärt, die Heimschaffungsfrage der Gefangenen unabhängig von der Ratifizierung des Friedensvertrages zu erledigen. Nachdem ferner das Staatsdepartement in Washington auf die außerordentlich ernsten Berichte des Amerikanischen Roten Kreuzes in Sibirien hin sich bereit erklärt hat, Schiffe zur Heimbeförderung der in Ostasien befindlichen deutschen Gefangenen nach Wladiwostok zu schicken, falls die deutsche Regierung die Kosten übernimmt. Von hieraus ist hierauf in zustimmendem Sinne geantwortet worden, so daß mit einer Heimkehr auch dieser Gefangenen in nicht zu ferner Zeit zu rechnen ist. Ein großer Teil der in Westsibirien befindlichen Gefangenen kehrt im übrigen schon jetzt auf dem Landwege über Moskau bzw. Petersburg heim, nachdem durch das Zurückweichen des Admirals Koltschak weite Gebiete des osteuropäischen Rußlands und Westsibiriens wieder in bolschewistische Hand gefallen sind. Die ersten dieser Transporte sind bereits in der Heimat eingetroffen. Um die Gefangenen bis zu ihrem Abtransport mit dem Nötigsten zu versehen, gehen in diesen Tagen größere Kleider- und Wäschetransporte von San-Franzisko nach Wladiwostok ab, die durch das Amerikanische Rote Kreuz noch vor Eintritt des Winters an die Gefangenen verteilt werden, wenn bis dahin die deutsche Kommission in Ostsibirien noch nicht eingetroffen sein sollte, um selbst die Verteilung vorzunehmen. Die erwähnte Kommission, deren Entsendung im Friedensvertrag vorgesehen ist, wartet schon seit Wochen auf die Ausreisegenehmigung durch die Entente. Ferner geht in kurzer Zeit von Kopenhagen nach Wladiwostok zur Versorgung unserer in Sibirien usw. befindlichen Gefangenen unter Begleitung von zwei Beauftragten ein größerer Liebesgabentransport ab. Etwaige von den Begleitern mitzunehmenden Briefsendungen sind umgehend einzusenden. Eine Mitgabe von Geld- und Paketsendungen läßt sich leider nicht ermöglichen.

Schulfragen der Zeit

Einzelfragen zur Schulreform

Der zweite Tag der Versammlung „entschiedener Schulreformer" war den Einzelfragen gewidmet, natürlich konnte nur ein Teil der Fragen angeschnitten werden.

Dr. Fritz Ausländer sprach am Vormittag über die Reform des Geschichtsunterrichts. Man mußte hier wieder einmal den Vorwurf hören, daß der bisherige Geschichtsunterricht sich in der Mittelstufe zu sehr mit der Verherrlichung chronologischer Kriegs- und Herrscherreihen beschäftige. Hierfür müsse die Lehre von der Gesellschaftskunde der Gegenwart treten, ferner eine anschauliche typische Bilderfolge unter voller Ausnutzung jeder Art von Quellen. Ob es sich bei dieser „Bilderfolge" wohl immer umgehen läßt, die Namen unserer Herrscher und Heerführer zu verneinen, ist doch mindestens zweifelhaft. Byzantinischer Geschichtsunterricht ist jedem aufrichtigen Menschen ein Greuel, er wird es wohl aber nicht verschmähen, die Taten von Leuten zu rühmen, die sich um ihr Vaterland verdient machten.

„Soziologie und Erziehung zur sozialen Verantwortung" hieß das Thema, das sich Oberlehrer Dr. Fritz Wuessing gestellt hatte. Auch er sah den Zweck jedes Menschen nicht in dem Peer Gyntschen „Sei du selbst"-Gedanken, sondern lediglich in seiner Einordnung in die Gesellschaft. Er will, daß dem Schüler — man bedenke, einem Kinde, das erst an der Schwelle des Lebens steht — in ziemlich philosophischen Floskeln aus dem Gang der Geschichte ein Stufenbau in allen Gesellschaftskategorien sichtbar gemacht wird.

Der Nachmittag brachte Vorträge zu dem Gesamtthema: Schule und Lebensauffassung. Philosophische Propädeutik bedeute nicht Philosophie-Unterricht, führt der erste Redner aus. Trotzdem will er aber als ihre Hauptaufgaben angesehen wissen, daß sie die Zusammenhänge im Kultur- und Naturgeschehen erkennen lehren und das Fundamnt für den Aufbau einer eigenen Welt- und Lebensanschauung bilden soll. Zwei Wochenstunden also genügen dem Redner, um die jungen Schüler der Philosophie in ihre Grundlehren einzuführen. Baege verlangt aber für jeden Menschen das frischgeschneiderte Röckchen einer eigenen Weltanschauung. Einen interessanten Einblick gewann man in die idealistische Anschauung über den Gefühlsgehalt in der neuen Erziehung von Dr. Emmel. Besonders der Abschnitt seiner Rede, dem reifenden jungen Menschen gewidmet, den er zum höchsten sittlichen Ideal geläutert wissen will, nicht durch „erhöhte Zucht", nicht durch „glatte geschlechtliche Aufklärung", sondern einzig durch das Vorbild des Strebens zum Guten, brachte manche wertvolle Anregung. Bisher war die konkretere Art eigentlich gar nicht so übel. Zumal in den Großstädten das Wörtchen „Liebe" arg verloren hat an innerem Wert. Ethik den Lehrfächern der Schule einzuverleiben ist ein zweischneidiges Schwert. Deshalb lehnte Dr. Kawerau einen besonderen Moralunterricht ab, verlangte indessen, daß diese Note im deutschen und Geschichtsunterricht besonders betont wird. Der Grundsatz, daß der Lehrer seine Kraft „im Geiste dienender Liebe, doch nie um zu herrschen, den jugendlichen Mitarbeitern zuströmen lassen soll", mag sehr idealistisch sein, aber in Wirklichkeit doch oft anders aussehen.

Damit endete die Vortragsreihe dieser Tagung entschiedener Schulreformer. Als man dazu schritt, die Debatte über die letzten Vorträge zu eröffnen, sah sich der Vorsitzende veranlaßt, vor eigenwilligen Schrullen, allzu eigenartigen Gedanken und — Plattitüden zu warnen. Noch eine Bemerkung des Dr. Chayn (Wilmersdorf) sei hervorgehoben. Er forderte die zahlreich anwesenden Pennäler auf, sich zu einer Gruppe zusammenzuschließen, die sich an den Bund entschiedener Schulreformer anlehne.

Kleine Nachrichten

Aus den christlichen Gewerkschaften. Der von den Blättern verbreiteten Meldung, daß sich eine Abwanderung in größerem Maßstabe aus den christlichen Gewerkschaften entwickele, wird hier in entschiedener Weise widersprochen. Wie aus christlichen Gewerkschaftskreisen festgestellt wird, ist bei diesen Gewerkschaften keine Abwanderung, sondern im Gegenteil eine ständige Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen, deren Zahl gegenwärtig mehr als 1 100 000 beträgt.

Landung eines italienischen Flugzeuges in Berlin. Zum erstenmal seit Beginn des Krieges ist gestern wieder ein ausländisches Flugzeug in Johannisthal gelandet. Gegen 5 Uhr nachmittags landete auf dem Flugplatz ein italienischer Mollandro-Doppeldecker, in dem sich zwei Offiziere mit besonderen Aufträgen für das italienische Konsulat in Berlin befanden. Die beiden italienischen Offiziere hatten mit Depeschen an Bord vor einigen Tagen Rom verlassen, von wo sie am nächsten Tage nach Warschau weiterflogen und dort ihren Auftrag erledigten. Am gestrigen Tage verließen sie die polnische Hauptstadt gegen 11½ Uhr und landeten nach kaum 6 Stunden in Johannisthal. Nach Erledigung der notwendigen Formalitäten stellten die beiden Italiener ihren Doppeldecker bei der Deutschen Luftreederei unter und begaben sich dann in das italienische Konsulat. Die Offiziere wollen morgen ihren Rückflug über Turin nach Rom antreten.

Schwerverwundeten-Transporte verzögert. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß laut Nachrichten aus Bern die Schwerverwundeten-Transporte aus Frankreich, die in den Tagen zwischen dem 7. und 14. Oktober in Konstanz eintreffen sollten, um eine Woche verschoben worden sind.

Grippeepidemie in Argentinien. In Argentinien herrscht nach neueren Meldungen eine furchtbare Grippeepidemie von ernsthaftem Charakter. Die Fälle mehren sich überaus rasch und zu einem großen Prozentsatz tötlich.

Was das Rheinlandheer kostet. Nach den Blättern hat Deutschland für die Entente-Besatzungstruppen im Rheinland bisher 892 Millionen Mark zahlen müssen.

Der Seemannsstreik. Die vereinigten Fischdampferreedereien beschlossen heute, sich mit dem Seemannsbund nicht in Verhandlungen einzulassen. Am Sonntag ist ein Fischdampfer in See gegangen.

th. **Eine Aufbesserung der Bezüge der Postagenten** fordert die Deutsche Volkspartei der Nationalversammlung. Hierzu sei mitgeteilt, daß der neue Notetat eine Aufbesserung der Postagenten vorsieht. Er erhöht die Vergütung von 700 auf 725 Mk. und wirft 428 450 Mk. aus zur Entschädigung der Postagenten für Besorgung der Telegraphengeschäfte.

Der neue Präsident Portugals. Almereida hat am Sonntag vor der gesetzgebenden Versammlung die Präsidentschaft der Republik Portugal übernommen.

Um die Liebste. (Drahtnachricht.) Gestern abend 10 Uhr hat der Student Zander den Kutscher Mark nach kurzem Streit erschossen. Es handelt sich hier um den Streitfall zweier Nebenbuhler. Zander wurde sofort verhaftet und ist geständig.

Schwarzwaldschnee. Am Schwarzwald ist Schneefall eingetreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910072-14/fragment/page=0002

Provinz Sachsen

dt. **Beesen**, 7. Okt. (Einbruchsdiebstahl.) Gegenwärtig treiben Spitzbuben wieder ihr Unwesen in unserem Ort. So wurde in der Nacht zum Montag dem Gutsbesitzer Schatz fast das gesamte Kleinvieh, Hühner, Gänse usw. gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet. In einem anderen Gehöfte sollen die Spitzbuben den Hund vergiftet haben.

g. **Burgliebenau**, 7. Okt. (**Zur Fenchelernte.**) Von den Feldfrüchten harrt neben der Rüben- und Kartoffelernte auch noch die des Fenchels der Bergung in die Vorratsräume. Zwar hat das Traumeln, d. h. das Schneiden der früher reifenden Dolden, schon länger begonnen, die den sogenannten Kammfenchel, den besten in der Qualität, liefern, doch der eigentliche Schnitt hat sich dann erst später angereiht und die Einerntung steht nun auch bevor. Der Fenchelanbau hat, seitdem Herren aus der Lützener Gegend hier anlässig geworden sind, auch hier seit Jahren Aufnahme gefunden und die Erträge haben gezeigt, daß sich auch die hiesigen Bodenverhältnisse für diese Fruchtart eignen. Auch die heurige Ernte fällt befriedigend aus, obwohl sie auch unter der anhaltenden Trockenheit zu leiden hatte und unter geeigneten Witterungsverhältnissen weit günstigere Erträge hätte liefern können.

g. **Aus dem Saalkreise**, 7. Okt. (**Die Beschaffung von Saatkartoffeln**) für die kommende Ernte tritt bei der gegenwärtigen Kartoffelernte wieder in den Vordergrund der landwirtschaftlichen Interessen. Deshalb finden auch jetzt in den Gemeinden bei den Betriebsinhabern Umfragen nach Bedarf von Saatgut und Wünschen nach entsprechenden Sorten statt, um rechtzeitig die Kommunalverbände beziehungsweise die damit Beauftragten über die verlangten Mengen vergewissern zu können. Auf frühe, mittlere und späte Sorten, sowie auf die Preislage und Geeignetheit für die Bodenverhältnisse ist hierbei Bedacht zu nehmen, damit der Abschluß von Verträgen vereinbart werden kann. Von den frühen Sorten werden Kaiserkronen, Juli-Nieren, Königs-Nieren, Odenwälder blaue u. a. bevorzugt, von den späteren Up to date, Industrie, Topas u. a. Begrüßt wird die in Aussicht stehende Herbstanlieferung, damit jeder einzelne die ordentliche Einwinterung selbst vornehmen kann.

t. **Quedlinburg**, 6. Oktober. (Verschiedenes.) In der Magistratssitzung wurde mitgeteilt, daß Farbenfabrikant Stadtv. Dr. Weller, der Stadt 25 000 Mark für die armen Lungenkranken vermacht hat. — Der Magistrat beschloß, den städtischen Angestellten und Arbeitern Beschaffungsbeihilfen zu gewähren. — Das Gaswerk hat eine abermalige Erhöhung der Preise für Gas und elektrischen Strom durchgeführt.

d. **Halberstadt**, 7. Oktober. (Selbstmord.) Durch den Droschkenkutscher Wilhelms ließ sich ein Herr bis an die Streckenbude vor Großquenstedt fahren und stieg dann aus. Wie Leute beobachtet haben, lief der Mann mit aufgespanntem Regenschirm in den 5,25, also von hier kommenden Schnellzug, wurde erfaßt und vollkommen zermalmt. Aus vorgefundenen Briefen ergab sich, daß es sich um den Oberst a. D. Gromer aus Wernigerode handelt.

d. **Halberstadt**, 6. Oktober. (**Mord und Selbstmord.**) Seine Braut und dann sich selbst erschossen hat der Arbeiter Jablonski von hier. Die Mutter des 20jährigen Mädchens namens Schweinefuß aus Wehrstedt wollte den Verkehr nicht dulden. Nachdem Jablonski dem Mädchen mit Totschießen gedroht hatte, wenn es das Verhältnis lösen würde, hat er diese Drohung Sonntag abend wahrgemacht. Aus dem Hinterhalt heraus feuerte er auf das in Gesellschaft mehrerer Freundinnen heimkehrende junge Mädchen einen Revolverschuß ab. der die Halsschlagader traf und den Tod in wenigen Minuten herbeiführte. Der Mörder selbst brachte sich einen Schuß in den Mund bei, der seinen Tod nach einer Stunde zur Folge hatte.

Aus Thüringen.

— **Weimar**, 6. Okt. (Molkereiverband.) Auf Veranlassung der Landwirtschaftskammer tagten hier die Arbeitgeber der Molkereien in Sachsen-Weimar. Es wurde beschlossen, einen Molkereiverband zu gründen. Er umfaßt vorläufig alle Interessenten in Sachsen-Weimar, will aber auf den Zusammenschluß aller in den Thüringer Staaten noch bestehenden Verbände hinarbeiten. Gleichzeitig wird Fühlungnahme mit den in der Provinz Sachsen und in Anhalt sich bildenden Organisationen sowie mit dem Verband ländlicher Genossenschaften in Erfurt angestrebt. Es wurde ein Ausschuß zur Erledigung der weiteren Vorbereitungen gewählt. Ein der ersten Fragen, die der Verband zu erledigen hat, wird der Arbeitnehmertarif sein.

— **Jena**, 6. Okt. (Von der Universität.) Professor Dr. H. Siedentopf, Leiter der mikroskopischen Abteilung der Firma Carl Zeiß und Assistent des Instituts für Mikroskopie an der Universität, wurde zum außerordentlichen Professor für Mikroskopie in der philosophischen Fakultät der Universität Jena ernannt. — In der juristischen Fakultät der Universität Jena habilitierte sich Dr. jur. Carl Korsch in Meiningen für zivilprozeßliches Recht und römisches Recht. Er hält seine Probelesung am 7. d. M. über „Die Natur der Sache und das Prozeßrecht“.

— **Jena**, 5. Oktober. (Heiratsschwindler.) Gewarnt wird vor einem Heiratsschwindler, der bereits in verschiedenen Städten aufgetreten ist. In Jena ist es ihm gelungen, eine heiratslustige Witwe zur Herausgabe von 7000 Mk. zu überreden, indem er dieser vorspiegelte, für die Kinder derselben 16 000 Mk. auf eine Bank in Frankfurt a. M. überwiesen zu haben und ihre eigenen Barmittel vor dem drohenden Staatsbankerott dort sicherstellen zu wollen. Ein vorgelegter diesbezüglicher Posteinlieferungsschein ist als von 16 Mk. auf 16 000 Mk. gefälscht festgestellt. In einem anderen Falle hat der Unbekannte Ausweispapiere auf den Namen des Kaufmanns Johann Küstner gestohlen und gibt sich vielleicht als dieser aus.

Stadtverordnetensitzung

(Schluß.)

Halle, 6. Oktober.

Ein Gesuch der Krieger-Sanitätskolonne vom Roten Kreuz zu Halle um Ueberlassung der gesamten Räumlichkeiten im Hause Rathausstraße 16 wird an den Magistrat überwiesen. Die Sanitätskolonne vereinigt mit dieser Bitte die andere, elektrische Beleuchtung legen zu lassen und sie an die Fernsprechzentrale des Magistrats anzuschließen. Auf Vorschlag des Referenten Stadtv. Busse (Deutschnat.) wird empfohlen, Telephonanschluß an die Polizeizentrale in Aussicht zu nehmen, damit die Sanitätswache auch nach Schluß der Magistrats-Dienststunden erreichbar bleibt.

Eine Petition der Halleschen Gärtnervereine wegen Aenderung der Friedhofsordnung vom 12. Februar 1916 wird von der Versammlung abgelehnt. —

Eine Eingabe um Beseitigung von Unzuträglichkeiten im Stadtbad wird an den Magistrat überwiesen. Es handelt sich darum, daß eine zeitweise Ueberfüllung des Bades durch das gleichzeitige Baden von Publikum und Militär eintritt.

Die städtischen Beamtengehälter.

Stadtv. Carlsson (Deutschnat.) und Gen. stellen die Anfrage:

„Die Gehälter mancher städtischer Beamtengruppen, insbesondere auch der wissenschaftlich vorgebildeten, sind unzureichend. Ist der Magistrat bereit, der Stadtverordnetenversammlung baldmöglichst eine Vorlage über die Neuordnung der Beamtengehälter vorzulegen?“

Stadtv. Carlsson (Deutschnat.) führt zur Begründung aus: Für die Arbeiter und Angestellten sind neuerdings allenthalben Tarifverträge abgeschlossen worden. Nur an den Beamten ist die Neuregelung der Gehaltsverhältnisse spurlos vorübergegangen. Sie haben zwar Teuerungszulagen erhalten, die aber den wirtschaftlichen Anforderungen der Zeit nicht entsprechen. Die mittleren Beamten werden davon ebenso betroffen, wie die höheren. Besonders schwierig sind die Verhältnisse beispielsweise bei den Sozialbeamtinnen. Eine Waisenpflegerin z. B. bezieht ein Grundgehalt von 1200 Mk. Die Besetzung der Stelle eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters ist gegenwärtig sehr schwierig, weil die Stellung nur mit 2400 bis 3600 Mk. dotiert ist. Andere Städte zahlen demgegenüber wesentlich mehr, Breslau z. B. für den gleichen Posten 3500 bis 5800 Mk. Es wird der Stadt auf diese Art unmöglich gemacht, tüchtige Kräfte zu bekommen. Auch die Bezahlung der akademisch vorgebildeten Angestellten ist zu gering. Ich denke dabei an die Stadtratsgehälter. Die Stadt hat ein Interesse daran, die Arbeitsfreudigkeit zu fördern und die Einkommensverhältnisse ihrer Beamten daraufhin zu prüfen. Trotzdem unsere Finanzen nicht übermäßig gut stehen, werden wir uns doch zu erheblichen Opfern entschließen müssen. — Stadtrat Wurm erwidert darauf, daß sich nicht eher etwas endgültig unternehmen läßt, als Staat und Reich vorangegangen sind. Bis dahin muß das Provisorium der Teuerungszulagen leider beibehalten werden. — Es wird beschlossen, in eine Aussprache über die Anfrage einzutreten. — Stadtv. Balcke (Dem.) führt aus, es müsse grundsätzlich eine ganz erhebliche Besserung der Angestelltenbezahlung in die Wege geleitet werden, und zwar bis in die obersten Stellen. Gegenwärtig sei es leider so, daß je besser die Bildung des Menschen, desto geringer seine Bezahlung. Die wenigen Mark Teuerungszulage helfen niemandem durch die augenblickliche Teuerung hindurch. Das Grundübel liegt darin, daß die Beamten von unten herauf während des Krieges zu gering bezahlt wurden. — Stadtv. Hildebrandt (Unabh.): Es wird vom Vorredner auf die Bezahlungsverhältnisse zwischen Handarbeitern und wissenschaftlich gebildeten Angestellten angespielt. Den Arbeitern ist die Besserung ihrer Bezahlung von den Arbeitgebern auch nicht auf dem Präsentierteller überreicht worden. Was sie erreichten, danken sie ihrer straffen Organisation. Gewiß sind wir dafür, daß die Gehaltsfrage der Beamten geregelt wird. Auf eine Ungerechtigkeit möchte ich hinweisen, und das ist die, daß der Arbeiter für seine Teuerungszulagen Steuern zahlen muß, während der Beamte davon teilweise befreit ist. Redner stellt darum den Antrag: Die Versammlung möchte den Magistrat ersuchen, bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß das Steuerprivileg der Beamten bei den Teuerungszulagen aufgehoben wird. — Stadtv Bundt (Deutsch-Nat.): Ich bin der Meinung, daß ein Streik der Beamten unmöglich ist. Die Sozialbeamtinnen möchte ich dem Magistrat vorschlagen, auf Lebenszeit anzustellen und sogleich eine Besserung ihrer Gehaltslage schon in die Wege zu leiten. — Stadtv. Splett: Finanzminister Südekum hat sich dieser Tage bereit erklärt, daß das Steuerprivileg der Beamten mit dem 1. April 1920 in Fortfall kommt. — In der Abstimmung wird der Antrag Hildebrandt angenommen. —

Unabhängige Eingemeindungspläne.

Die Unabhängige Fraktion stellt den Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage zwecks Eingemeindung der Ortschaften: Ammendorf, Böllberg, Bruckdorf, Burg bei Reideburg, Büschdorf, Canena, Capellenende, Diemitz, Dölau, Lettin, Nietleben, Osendorf, Passendorf, Radewell, Reideburg mit Krondorf und Gutsbezirk, Sagisdorf, Reideburg-Gutsbezirk, Schönnewitz, Seeben, Wörmlitz.“ Stadtv. Osterburg begründet den Antrag in längeren Ausführungen.

Die Stadtvv. Keil und Herzfeld (Dem.) stellen den Antrag, die Versammlung möchte den Magistrat ersuchen, ob und welche Orte noch einzugemeinden wären. Der Antrag Osterburg wird dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen, der Antrag Herzfeld angenommen.

Verstadtlichung der Müllabfuhr.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 28. Juli ist, wie erinnerlich, beschlossen worden, den Antrag des Stadtv. Hildebrandt, den Sozialisierungsausschuß mit den Vorarbeiten für Uebernahme der Müllabfuhr in eigene städtische Verwaltung zu beauftragen, angenommen worden.

Es wird nunmehr in eine Besprechung der Angelegenheit eingetreten. Stadtv. Grothe weist darauf hin, daß ein verwandter Gemeindebeschluß früheren Datums bereits vorliegt. Fraglich ist vorläufig noch die Systemfrage, ob Verwertung oder Verbrennung usw. Stadtv. Bundt (Deutschnat.) bemerkt den Ausführungen der Berichterstatterin (Frau Stadtv. Schmidt) gegenüber, daß die Müllabfuhr sehr wohl hygienisch gehandhabt werden könne. Es müßten allerdings einheitliche Kästen beschafft werden und es sei auch zweckmäßig, die Müllabfuhr mit der Straßenreinigung in Verbindung zu bringen. Redner warnt davor, die Ergiebigkeit der Müllverwertung zu überschätzen. Redner tritt auch dafür ein, daß der Magistrat aufgefordert werden soll, eine entsprechende Vorlage zu bringen.

Stadtv. Koenen: Was die Vorlage will, ist zweierlei. Es soll ein Ortsstatut über die hygienische Regelung der Müllabfuhr aufgestellt werden und die Verwertung des Mülls soll eine Neuordnung erfahren. Nach meiner Ansicht läßt sich eine hygienische Regelung der Müllabfuhr auf privatem Wege nicht durchführen. Die Rentabilitätsfrage ist bei unseren Kommunalisierungsplänen nicht ausschlaggebend; wir wollen nicht für den Geldbeutel sozialisieren, sondern wollen erreichen, daß das Müllschippen beseitigt wird, eine so ungesunde Tätigkeit, daß sie unserer heutigen Zeit und unserer Kulturstufe unwürdig ist.

Die Unabhängige Fraktion stellt weiter folgenden Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, gegen die Erklärung des Magistrats, durch welche die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Bezahlung der Streiktage der Straßenbahner abgelehnt wird, den Konflikt bei dem Bezirksausschuß zu erheben.“

Ueber den Antrag entspinnt sich eine grundsätzliche Debatte. Stadtv. Herzfeld stellt zwei Anträge. Der Magistrat wolle seine Gründe für die Ablehnung mitteilen und zweitens, der Antrag wolle dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen werden. —

Oberbürgermeister Dr. Rive: Der erste Antrag ist wohl nicht nötig. Die Gründe für die Haltung des Magistrats sind seinerzeit in der mündlichen Auseinandersetzung dargelegt worden. Sie sind dieselben geblieben. Wenn Sie wünschen, können wir sie natürlich auch schriftlich festlegen, aber diese Formalie hält den Gang der Angelegenheit wohl nur auf. — Stadtv. Keil: Die Frage ist die, ob die Angelegenheit für das Wohl der Stadt wirklich so wichtig ist, daß sie nicht „auf sich beruhen kann“, wie es in dem einschlägigen § 36 der Stadtverordnung heißt, und ob sie infolgedessen vor den Bezirksausschuß gebracht werden muß.

In der Abstimmung wird der Antrag Osterburg angenommen, der erste Antrag Herzfeld abgelehnt, der zweite, betreffend die Ueberweisung des Antrags an den Rechts- und Verfassungsausschuß angenommen, und zwar mit dem Zusatzantrag des Stadtv. Finger. —

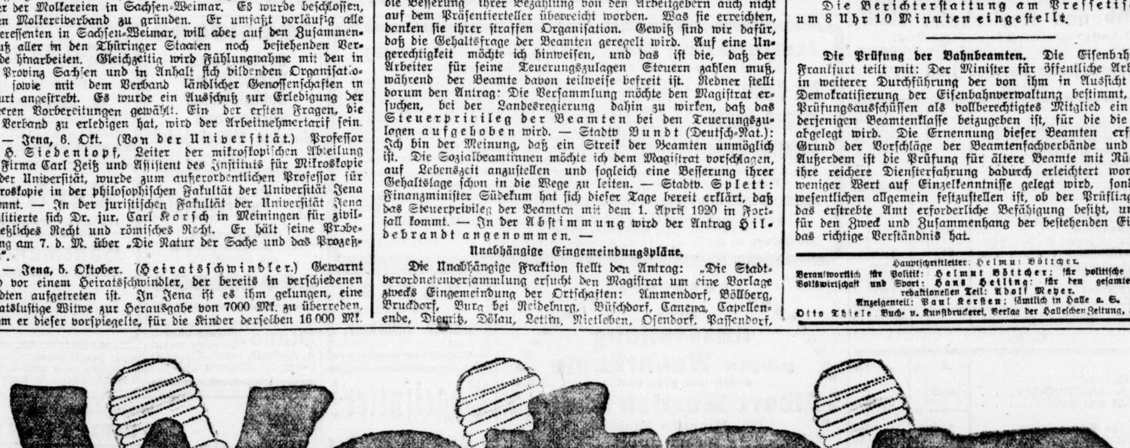
Eine Eingabe des Zentralverbandes der Fleischer, betreffend Uebernahme der Wurstküche in städtische Regie und eine Entschließung der Fleischerinnung gegen die Uebernahme der Wurstbereitung in städtische Regie wird teils dem Sozialisierungs-Ausschuß überwiesen, teils abgelehnt. — Gelegentlich der Besprechung über eine Beschwerde der Witwe G. wegen schlechter Gasbeleuchtung in ihrer Wohnung teilt Stadtbaurat Lammers mit, daß von 4000 Gaslaternen in der Stadt gegenwärtig nur 650 in Benutzung sind. —

Ueber eine Petition des Verbandes reisender Gewerbetreibender Deutschlands (Ortsgruppe Halle) wegen Beibehaltung der Vieh- und Jahrmärkte entwickelt sich eine Aussprache.

Die Berichterstattung am Pressetisch wird um 8 Uhr 10 Minuten eingestellt.

Die Prüfung der Bahnbeamten. Die Eisenbahndirektion Frankfurt teilt mit: Der Minister für öffentliche Arbeiten hat in weiterer Durchführung der von ihm in Aussicht gestellten Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung bestimmt, daß den Prüfungsausschüssen als vollberechtigtes Mitglied ein Beamter derjenigen Beamtenklasse beizugeben ist, für die die Prüfung abgelegt wird. Die Ernennung dieser Beamten erfolgt auf Grund der Vorschläge der Beamtenfachverbände und Vereine. Außerdem ist die Prüfung für ältere Beamte mit Rücksicht auf ihre reichere Diensterfahrung dadurch erleichtert worden, daß weniger Wert auf Einzelkenntnisse gelegt wird, sondern im wesentlichen allgemein festzustellen ist, ob der Prüfling die für das erstrebte Amt erforderliche Befähigung besitzt, und ob er für den Zweck und Zusammenhang der bestehenden Einrichtung das richtige Verständnis hat.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S



Konzertdirektion R. Schönfelder, Dresden.

Mittwoch, 8. Okt., 1/8 Uhr, Mozartsaal

Konzert
Helen
Retlow
Gesang,
Professor Adrian
Rappoldi
Violine,
Kurt
Striegler,
Kapellmeister der Sächs. Landesoper.
Lieder von Brahms, Liszt, Hugo Wolf, Strauß, Stücke für Violine von Tartini, Francoeur, Schubert.

Karten M. 4. 3, 2. 1.00 (u. St.) Musikalienhdlg. Heinr. Hothan

---

Thaliasäle. Montag, 13. Okt., 8 Uhr

Plastische Tänze
von
Hedwig Nottebohm.

Mitwirkende: **Fünf Schülerinnen** und **Hedwig Wulfflus** (am Blüthnerflügel).
Neues Programm!

Karten M. 6.10, 5.10, 4.10, 3.10, 2.10 bei **H. Hothan.**

Konzert des erblindeten Violinvirtuosen
S. Günzburg
am **Mittwoch, den 8. Oktober,**
Thalia-Festsäle.

Karten zu 4.10, 3.10, 2.10 Mk. sind nur noch an der **Abendkasse** zu haben.
Saalöffnung 1/8 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Blüthner-Flügel von B. Döll.

Freitag, d. 10. Okt. 1919
nachm. 3 1/2 Uhr
im
„Goldenen Hirsch",
Leipzigerstr. 63.

Kinderpflegerinnenschule
des Diakonissenhauses in Halle in Verbindung mit dem städtischen Jugendamt
bildet schulentlassene jg. Mädchen in einjährigem Kursus praktisch und theoretisch zu
Kinderpflegerinnen
(Kindergärtnerinnen 2. Kl.) aus. Beginn des Herbstkursus am 13 Oktober. Anmeldungen bei **Diakonisse Anna Siegmann,** Burgstr. 37, 3—6 nachm.

Berechtigte Privatrealschule mit Alumnat in Blankenburg am Harz
entläßt ihre Zöglinge mit dem Zeugnis der Reife für Obersekunda einer Oberrealschule zu Ostern und zu Michaelis. Prospekt.
Direktor Prof. Rhotert.

Stoysche Erziehungsanstalt und Realschule, Jena,
am Landgrafenberg in schönem Park.
Kleine Klassen. Individuelle Erziehung. **Dr. Sommer.**

Vermögensstand am 30. Juni 1919.

Aktiva.

	M	₰	M	₰
Kassenbestand einschl. Postscheckeinl.			4 379	01
Guthaben b. d. Genossenschaftsbank			106 634	61
a) in laufender Rechnung			—	—
b) gegen Kündigung			—	—
Forderungen an Mitglieder:				
a) in laufender Rechnung			273 037	23
b) festbeirittete Darlehne			—	—
Beteiligungen:				
a) Geschäftsguthaben bei der Genossenschaftsbank	600	—		
b) Geschäftsguthaben bei der Zentralgenossenschaft	600	—	1 200	—
Einrichtungsgegenstände			530	—
Zinsen-Konto			—	—
Wertpapiere-Konto			4 800	—
Waren-Konto			5 714	34
Summa der Aktiva			396 295	19

Passiva

	M	₰	M	₰
Geschäftsguthaben:				
a) verbleibender Mitglieder	5 920	—		
b) noch nicht gez. Anteile	120	—	5 800	—
Reserven:				
a) gesetzlicher Reservefonds	3 042	53	—	—
b) Betriebsrücklage	843	04	3 885	57
Schuld an die Genossenschaftsbank			—	—
Einlagen in laufender Rechnung			197 555	33
Spareinlagen mit Kündigung bis einschl. 3 Monate			175 593	42
Zinsen			3 606	—
Verwaltungskostenrückstände			5 076	—
Waren-Konto. Schulden für Waren			4 778	87
Gewinn aus 1918/19				
Summa der Passiva			396 295	19

Giroverbindlichkeiten . . . . . M —
Bürgschaften und sonstige Verpflichtungen M —

Mitgliederbewegung:

	Zahl der Mitglieder	Betrag der Geschäftsguthaben	Betrag der Haftsummen
Stand am Anfang des Geschäftsjahres 1918/19	57	5560 Mk.	55600 Mk.
Zugang im Laufe des Geschäftsjahres 1918/19	10	360 „	3600 „
Abgang im Laufe des Geschäftsjahres 1918/19	—	— „	— „
Stand am Ende des Geschäftsjahres 1918/19	67	5920 „	59200 „

Niemberg, den 27. September 1919.

Ländliche Spar- und Darlehnskasse Niemberg,
eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
P. Gößler. R. Schossig. H. Dechow.

Gr. Steinstr. 33 — **HÜTE** — **Gr. Steinstr. 33**

Stroh- und Filzhut-Fabrik Franz Zenk
Inh.: **M. Herold**
Grösstes Formen-Geschäft am Platze.
Bezug direkt ab Fabrik.

Einen grossen Posten
Filzhüte prima Qualität, in schwarz und — farbig — **30—38 Mk.**

Velour-, Samt-, Seiden- u. Zylinderhüte
zu günstigen Fabrikpreisen.

Hüte aller Art werden nach neuesten Formen modernisiert und in kürzester Zeit geliefert.

Noch vor Weihnachten werden die mit Spannung erwarteten Werke erscheinen:

3. Band von
Bismarcks Gedanken und Erinnerungen

Hindenburg, Mein Leben

geheftet etwa Mk. 17.—
gebunden etwa „ „ 20.—
in Halbleder gebunden „ „ 45.—

Vorausbestellungen erbittet schon jetzt

Lippert'sche Buchhandlung
Max Niemeyer
Halle a. S., Gr. Steinstr. 77/78. Fernspr. 2218.

Heilquellen des Bades Neu-Ragoczy.
Flaschenversand für Hauskuren. Aerztlich empfohlen bei:

Ella-Quelle
Carolus-Quelle
Augustus-Quelle

Katarrhen des Rachens, Kehlkopfs und der Bronchien, auch chron. Natur, akut. und chron. Magen- und Darmkatarrhen, chron. Verstopfung, Leber- und Milzleiden, chron. Katarrhen der Gebärmutter, Tuben und Eierstöcke, Exzudaten des Bauch- und Brustfells, Hautkrankheiten, z. B. Furunkulose, Urticaria usw., allgemeine Stoffwechselerkrankungen, Gicht (Harns. Diathese), Diabetes, Scrophulose, Fettsucht, Rheuma, chron. Gelenkrheumatismus und dessen Folgen bei jugendlichen Personen (Herzleiden, Chorea, Neurosen), Rhachitis usw.

Die für die betreffenden Erkrankungen in Frage kommenden Brunnen sind an den Flaschenetiketten angegeben.

Julius-Quelle, erstklassiges Tafelwasser von außer ordentlich erfrischender Wirkung.

Brunnen-Verwaltung Bad Neu-Ragoczy b. Halle a. S.
Telefon: Amt Salzmünde Nr. 28 (und Halle Nr. 6725).
Niederlage in Halle a. S.: **G. Förste,** Streiberstr. 15. Tel. Nr. 2611.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
und einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in grosser Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik.
Gr. Märkerstrasse 26
am Ratskeller.

Neue
Ausstellung
gediegener **Wohnräume**
schön und preiswürdig.
Albert Martick Nachf.
Inh. **Richard Ziemer**
Möbelfabrik
Halle a. S., Alter Markt 1 u. 2.
Fernsprecher 6364.

Tapeten
in großer Auswahl.
Walter Sommer,
Leipzigerstr. 32. Tel. 3362.

Seit 50 Jahren Spezialität:
Piano-Stimmungen, Reparaturen.
A. Ahlheit, nur 5. Vereinsstraße 2. Telefon 3313.

Vogelfutter!

Beste Mischungen
für alle Vogelarten!
Kanarien-Singfutter!
Waldvogelfutter,
Papageienfutter,
Dompfaffenfutter,
Exotenfutter.
Charpie, Sepia,
Vogelnäpfe, Badehäuser.
Moritz Bergmann,
Samenhandlung.
Markt 20.
neben Werther & Co.

Vulkan-Feuerungsmaterial
vollwertiger Ersatz für Briketts,
liefert in Fuhren frei Gelaß
H. F. Roeser, Leipziger Str. 76.
Telefon 4781.

Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10.
Juwelen — Gold — Silber.

Apollo-Theater.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Der liebe Augustin
Operette v. Leo Fall.
Nicole . D. Löscher a. G.
Augustin M. Willenz a. G.
Vorverkauf 9—1 u. 5—1/27.

Walhalla-Opereften-Theater.
1/8 Uhr. Letzte Woche.
Schwarzwaldmädel.
Kasse v. 10-1 1/2 u. 4-6.

Stadt-Theater
Mittwoch, 8. Oktob. 1919,
Anfg. 7, Ende 11 Uhr:
Egmont.
Donnerstag:
Die Rutschbahn.

Gebr. Bethmann
Werkstätten
für Wohnungskunst
Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80.
Küchen
in großer Auswahl.

Pianos
und Flügel,
großes Lager, neue und gebrauchte, darunter Perzina, Blüthner usw., prima Friedensware.
H. Lüders,
Mittelstraße 9/10.
Aelteste Handlung am Platze.
Ankauf alter Pianos.

Gas-
Elektr.-
Spiritus-
Bolzen-
Plätten
empfiehlt
Ferd. Haassengier,
Metallwarenfabrik,
Barfüßerstr. 9.

Zug-Lampen
für Gas.
G. Brose,
Gr. Sandberg 8.
Delitzscher Str. 75.

Parkett
liefert, repariert, — reinigt, bohnert —
Hönemann
Bauhof 1. Tel. 3631.
Verkauf von echtem Bohnerwachs zu regulären Preisen.

Gutes, dauerh. **Gummiband** für Strumpfhalter kauft man bei H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 16

Regeneration
Wald-Sanatorium Sommerstein
bei Saalfeld i. Thür.
Blutreinigung, Kräftigung.
Aeußerst wirksam!
Aufklärschrift J. 50. Naturkuren, Schroth- u. a. Kuren

Heute mittag 11 1/2 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden unsere liebe, treusorgende Mutter, Schwester und Schwägerin

Frau Marie Zoerner geb. Otto

im Alter von 59 Jahren.

Ernst Zoerner, Leutn. d. Res., 5 Esk. Landesjägerkorps Torgau
Charlotte Triepcke geb. Zoerner
Helene Moeller geb. Zoerner
Pastor **Fritz Moeller,** Helsen b. Arolsen.

Halle a. S., den 5. Oktober 1919.
Richard Wagnerstr. 45.

Die Beerdigung findet in **Delitzsch** am Mittwoch, den 8. Oktober, nachm. 4 1/4 Uhr von der Kapelle des Friedhofes aus statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910072-14/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 7. Oktober.

Die Hoffnung auf den großen Schlag

Vor wenigen Tagen fanden in Halle neue Tarifverhandlungen zwischen den Bergwerksbesitzern auf der einen Seite und Gewerkschaftsführern auf der anderen statt. Zu diesen Verhandlungen hatten sich — ohne Einladung — auch Vertreter des Halleschen Bezirksbergarbeiterrates eingefunden, denen bekanntlich jede rechtliche Grundlage fehlt. Die Verhandlungen scheiterten lediglich deshalb, weil die Gewerkschaftsführer im Beisein der Vertreter des Bezirksbergarbeiterrates, den man als eine geordnete Bergarbeitervertretung nicht ansieht, nicht verhandeln wollten. Der Bezirksbergarbeiterrat gibt sich jedoch mit dieser Ablehnung nicht zufrieden und versucht jetzt in größerem Maßstabe die Bergarbeiter gegen die Gewerkschaften aufzuwiegeln und für sich zu gewinnen.

Am vorgestrigen Sonntag fanden in der Umgebung von Halle drei große Bergarbeiterversammlungen statt, die überall einen riesigen Besuch zeigten. Nach einem Referat über die angebliche Notwendigkeit des Rätesystems wurde von den Rednern die Ablehnung von den Gewerkschaften gefordert. Um den Bezirksbergarbeiterrat, der nach den Rednern bisher nur Schulden habe, finanziell sicherzustellen, soll von den Bergarbeitern ein einmaliger Beitrag von 50 Pfg. und ein weiter zu leistender Beitrag von 10 Pfg. pro Kopf erhoben werden. In allen drei Versammlungen kam eine Entschließung zur Annahme, in der der Bezirksbergarbeiterrat als die geeignete Vertretung der Bergarbeiter bezeichnet wird und unter „Aufbietung aller Mittel" gefordert wird, daß die Vertreter des Bezirksbergarbeiterrates zu den Tarifverhandlungen zugelassen werden.

In einer der drei großen Versammlungen sprach der bekannte 9jährige Agitator Peters, der erst vor wenigen Wochen wegen Nötigung zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Peters, der bis vor nicht langer Zeit eine Stütze der mitteldeutschen U. S. P. D. war, wandte sich besonders gegen den Führer der Unabhängigen, den Abgeordneten Haase. Er betonte, daß alle Führer, die sich nicht auf die kommunistischen Gedanken einstellen könnten, von der Leitung verschwinden müßten, in erster Linie Haase selbst. Obwohl er selbst bekannte, daß ihm die jetzigen Forderungen bei den Tarifverhandlungen nicht bekannt seien, betonte Peters, daß unter allen Umständen „höhere" Forderungen gestellt werden müßten.

Interessant ist, daß Peters trotzdem von der Anwendung des letzten Mittels, dem Streik, warnte. Die Begründung hierfür liefert Peters in folgender Weise:

„Ein Streik im jetzigen Augenblick würde eine Zersplitterung der Kräfte bedeuten. Man brauche aber alle Kräfte in vielleicht sehr kurzer Zeit zu einem letzten scharfen Kampfe. Wenn dazu der Ruf ertöne, müsse alles gerüstet sein, so daß sich der Generalstreik in einer Stunde über ganz Deutschland ausbreiten könne."

Hier tritt erneut deutlich die Sehnsucht nach dem „großen Schlag" der kommenden Monate in Erscheinung. Alle Versammlungen zeigen zugleich aber auch, daß die radikale Bergarbeiterbewegung immer mehr durch die Kommunisten der Unabhängigen Sozialdemokratie entrissen wird.

*

Am Sonntag, den 26. Oktober, tagt in Halle eine Konferenz der Betriebsräte sämtlicher Bergwerks- und Schachtanlagen des mitteldeutschen Bergreviers. Die Tagesordnung enthält einen Vortrag von Ernst Däumig-Berlin über „Das Rätesystem — eine Notwendigkeit" und einen Vortrag von Koenen-Halle über „Die Sozialisierung des Bergbaues". Die Konferenz soll nach einer Ankündigung des Bergwerks-Bergarbeiterrats Halle die noch bestehenden Unklarheiten über das Rätesystem beseitigen und wird von weittragender Bedeutung für den zukünftigen Ausbau des revolutionären Rätesystems sein.

Eisenbahn-Winter-Fahrplan

Der neue Winterfahrplan ist am Sonntag, dem 5. Oktober, in Kraft getreten. Die Besürchtungen, daß wegen des chronischen Kohlenmangels ein sehr großer Teil der Züge, namentlich D-Züge, fortfallen würde, bestätigt sich erfreulicherweise nicht, wenn auch eine Anzahl von Zügen den fatalen Vermerk trägt: „verkehrt nur bis auf weiteres", d. h. bis ihr Fortfall von den Eisenbahndirektionen bekanntgegeben wird. Dagegen weist die Eisenbahndirektion im letzten Amtsblatt darauf hin, daß die den Schul- und Berufszwecken dienenden zahlreichen werktäglich verkehrenden Züge im Taschenfahrplan ausgelassen sind.

1. Hauptstrecke Berlin Anh. Bhf.—Halle a. S.—Eisenach—Frankfurt a. Main.

a) Ausfallende Züge: D 32/33 Berlin—Stuttgart, bisher ab Berlin 7.50 vormittags bzw. an Berlin 11.49 nachts; der Personenzug 809 Bebra—Halle, bisher ab Bebra 2.43 nachmittags, an Halle 10.00 abends; der D-Zug 1 Frankfurt a. M.—Berlin, bisher ab Frankfurt Hbhf. 9.55 nachts, an Berlin Anh. Bhf. 9.16 vormittags. — b) Es verkehren nur noch bis auf weiteres: D 2 Berlin—Frankfurt, ab Berlin 7.32 abends, an Frankfurt 6.58 früh; D 1, sein Gegenzug, ab Frankfurt 9.55 abends, an Berlin 9.21 vormittags; D 201/202 Naumburg—Leipzig Hbhf. ab Naumburg 5.27 früh, an Leipzig 6.39 bzw. ab Leipzig 10.12 nachts, an Naumburg 11.20 nachts. — c) Es sind zwar im Fahrplan vorgesehen, verkehren aber bis auf weiteres nicht: das D-Zugpaar D 14/13 Leipzig Hbhf.—Frankfurt a. Main Hbhf.: ab Leipzig 1.10 nachmittags bzw. an Leipzig 9.05 abends; ferner der Eilzug 7 Halle—Bitterfeld, welcher an D 25 von Leipzig nach Berlin anschließt: ab Halle 9.05, an Bitterfeld 9.36 vormittags (weiter mit D 25 nach Berlin 9.48); ferner W 823 Personenzug Halle—Wittenberg: ab Halle 8.06 abends, an Wittenberg 10.05 abends.

2. Halle—Merseburg—Schafstädt.

Endlich eine brauchbare Verbindung mit Lauchstedt und Schafstädt: ab Halle 1.00 nachmittags, ab Merseburg 1.30, an Lauchstedt 1.57, an Schafstädt 2.18; Rückfahrt: Werktags ab Schafstädt 4.26 nachmittags, ab Lauchstedt 4.46, an Merseburg 5.13, an Halle 6.22 abends, und Sonntags ab Schafstädt 7.55 abends, ab Lauchstedt 8.16, an Merseburg 8.43, an Halle 10.01.

3. Strecke (Kattowitz—Breslau—Sagan)—Halle—Nordhausen—Kassel—(Elberfeld—Köln).

Das D-Zugpaar D 105/106 wird bis auf weiteres wie folgt gefahren werden: a) D 105 ab Köln Hbhf. 10.35 nachts, ab Elberfeld Hbhf. 12.09 nachts, ab Kassel O 10.00 vormittags, ab Nordhausen 12.50 nachmittags, an Halle 2.38 nachmittags, an Leipzig 5.43 nachmittags, an Berlin Anh. Bhf. 7.25 nachmittags; ab Halle 2.48 nachmittags, ab Kothbus 5.54 nachmittags, an Sagan 7.15 nachmittags, an Breslau Hbhf. 9.33 nachmittags, an Kattowitz 1.50 nachts; Anschlüsse ab Berlin Anh. Bhf. 8.30 vormittags, ab Leipzig Hbhf. 12.04 nachmittags. b) D 106 ab Kattowitz 10.36 nachts, ab Breslau Hbhf. 5.53 nachts, ab Sagan 8.15 vormittags, ab Kothbus 9.42 vormittags, an Halle 12.46 nachmittags, ab Halle 1.27 nachmittags, ab Nordhausen 3.15 nachmittags, an Kassel O 5.44 nachmittags, an Elberfeld Hbhf. 11.07 nachts, an Köln Hbhf. 12.24 nachts. Neue Züge Strecke Sangerhausen—Kassel: Personenzug W 592 ab Halle 6.22 vormittags (Anschluß von Leipzig Hbhf. 4.56 früh), an Sangerhausen 8.31. W = werktags.

4. Strecke Leipzig—Halle—Magdeburg.

Die Schnellzüge D 160, 157, 151, 182 verkehren nur bis auf weiteres wie folgt: D 160 ab Leipzig Hbhf. 6.10 vormittags, an Magdeburg 8.40 (Anschluß nach Hamburg, an Hamburg Hbhf. 1.26 nachmittags). D 182 ab Leipzig Hbhf. 9.26 abends.

5. Strecke Halle—Halberstadt—Goslar Harzbahn.

Personenzug 532 ab Halle 11.16 vormittags, an Goslar 3.35, an Hildesheim 5.04, an Hannover Hbhf. 6.23 abends wird „bis auf weiteres" verkehren.

6. Strecke Halle—Kothbus—Sagan.

Personenzug 499 verkürzt Halle schon 2.57 nachmittags (bisher 3.05) W 512 Eilenburg—Halle ist eine Stunde später gelegt: ab Eilenburg 5.47, an Halle 7.29 früh.

Die D-Züge führen sämtlich die 3. Klasse.

Die Bautätigkeit in Halle

im ersten Halbjahr 1919.

Nachdem die Bautätigkeit während des Krieges fast völlig geruht hat, regt sie sich erfreulicherweise im ganzen Reiche wieder relativ lebhaft. Die überall herrschende Wohnungsnot und die Notwendigkeit, die aus dem Felde heimgekehrten Arbeiter zu beschäftigen, zwingen dazu. Freilich bereiten der Mangel an Kohlen und Baustoffen, die Schwierigkeiten der Bauarundbeschaffung und der Baustoffherstellung noch manche Hindernisse. Auch sind bekanntlich die ungeheuren Preise für alle Baustoffe einer regen Entfaltung der Bautätigkeit nicht günstig. Trotzdem ist dank der zu leistenden Baukostenzuschüsse die Bautätigkeit in recht vielen Orten sehr rege. Ueber die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1919 gibt eine soeben veröffentlichte amtliche Statistik Auskunft. Darin wird aus Halle berichtet: Die Bautätigkeit hat hier noch nicht eingesetzt, denn es wurde nur ein einziges neues Haus gebaut, und dies ist kein Wohnhaus. Auch die sonstige Wohnungsfürsorge läßt im Gegensatz zu vielen anderen Städten noch recht viel zu wünschen übrig. Durch Einrichtungen in bereits vorhandenen Häusern wurden 36 neue Wohnungen geschaffen. Davon hat eine nur einen Wohnraum, 5 haben je 2, 8 je 3, 14 je 4, 4 je 5 und 4 noch mehr Wohnräume. Durch die Umbauten gingen aber 14 andere Wohnungen verloren, so daß sich die Zahl der Wohnungen nur um 22 vermehrt hat.

Die Volkszählung am 8. Oktober

Mit dem heutigen Tage soll das Austragen der Zählpapiere für die Volkszählung durch die ehrenamtlichen Zähler beendet sein. Diejenigen Haushaltungen, die bis zum heutigen Abend keine Zählpapiere erhalten haben, werden im eigenen Interesse ersucht, sich unmittelbar an das Statistische Amt, Stadthaus, Zimmer 36, zu wenden; denn wer bei der Volkszählung nicht ermittelt ist, läuft für Wochen hinaus Gefahr, nicht mit den städtischen Lebensmitteln versorgt zu werden. Das Einsammeln der Zählpapiere beginnt am 8. Oktober nachmittags. Es ist wichtig, daß der Zähler die Eintragungen des Haushaltes möglichst mit dem Haushaltsvorstand oder dessen Stellvertreter durchspricht, damit keine versorgungsberechtigte Person auf der Haushaltungsliste vergessen wird. Giltig sind die ausgefüllten Haushaltungslisten nur mit der Unterschrift des Haushaltungsvorstandes oder seines Stellvertreters.

Mit der Haushaltungsliste ist jeweils ein besonderer Fragebogen für die in den Abstimmungsgebieten geborenen Personen bereitet worden; wegen der hohen politischen Bedeutung der Abstimmung in Oberschlesien, Ostpreußen, Westpreußen und Schleswig-Holstein wird um genaueste Ausfüllung gebeten, wenn sich Personen, die in den genannten Gebieten geboren sind, im Haushalte befinden. Die auf diesem besonderen Fragebogen eingetragenen Personen müssen auch in den Haushaltungslisten eingetragen werden, da die Abstimmungsbogen nicht an das Reichsernährungsministerium, sondern an eine andere Behörde abzugeben sind. Das Einsammeln der Zählpapiere beginnt am 8. Oktober mittags. Diejenigen Haushalte, bei denen die Zählpapiere bis zum 10. Oktober abends nicht abgeholt worden sind, müssen die Zählpapiere am 11. Oktober direkt im Stadthaus, Eingang vom Marktplatz, abliefern.

*

— Die Abgabe der Zählpapiere für die Volkszählung durch die Zähler erfolgt vom 8. Oktober 1919 ab nachmittags im Stadthaus, Eingang vom Marktplatz, bis zum 11. Oktober. Für die Annahme ist ein durchlaufender Dienst von 1/8 Uhr morgens bis 6½ Uhr abends eingerichtet. Es wird noch besonders darauf hinzuweisen, daß die Zählpapiere nicht auf dem Polizeirevier abzugeben sind, sondern unmittelbar bei der Zählbehörde im Stadthaus.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— Marmelade. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Marmelade wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 9. Oktober. Es kann für jede Person eines Haushaltes ½ Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 130 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Marmelade einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 409 des Warenbezugsscheines 25. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

— Städtischer Verkauf von Rossfleisch- und Rosswurstkonserven in der Talamtschule am Mittwoch, den 8. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 42 001—49 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 49 501—56 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit 1—3 Personen eine Einkilodose Rossfleisch oder Rossleberwurst, für weitere drei Personen eines Haushalts noch eine Einkilodose Rossfleisch oder Rossleberwurst abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine Einkilodose beträgt 11 Mark. Außerdem steht in der Talamtschule Rossblutwurst in Einkilodosen zum Preise von 6 Mk. und in Zweikilodosen zum Preise von 11 Mk. freihändig zum Verkauf. Die Rossfleisch- und Rosswurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— Rossfleischverkauf. Am Mittwoch, den 8. ds. Mts. können die bei den Rossfleischhändlern A. Thurm, Reilstraße 10, Weinreich, Böllbergweg 30, Zaubitzer, Steinweg 52, Rossfleischbezug angemeldeten Personen 125 Gramm Wurst aus Rossfleisch entnehmen. Der Verkauf darf nur nach den Nummern der Kundenliste erfolgen. Die Rossfleischhändler sind verpflichtet, in den Schaufenstern bekanntzugeben, welche Nummern in den einzelnen Stunden zum Einkauf zugelassen werden. Bei dem Einkauf sind die von den Rossfleischhändlern ausgehändigten Marken und der Warenbezugsschein Nr. 25 vorzulegen. Die Marke 412 ist von den Rossfleischhändlern für jedes verkaufte Viertelpfund Wurst abzutrennen. Die abgetrennten Marken 412 sind von den Rossfleischhändlern bis zum 11. ds. Mts. an das Stadternährungsamt, 1. Obergeschoß, Saal links, zu 100 Stück gebündelt in verschlossenen, mit der Firma versehenem Umschlag abzuliefern. Der Kleinhandelsverkaufspreis beträgt 2,20 Mk. für 1 Pfund Wurst.

— Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Ackerbohnen am Mittwoch, den 8. und am Donnerstag, den 9. Oktober abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

— Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die auf ihren Betrieb entfallenden Zuckermarken und Bezugsscheine für Saccharin und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—G am Mittwoch, den 8. Oktober, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben H—M am Donnerstag, den 9. Oktober, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben O—S am Freitag, den 10. Oktober und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben T—Z am Sonnabend, den 11. Oktober 1919, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 2. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

*

— Städtischer Verkauf von Rasierseife in der Talamtschule am Mittwoch, den 8. Oktober. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27 001 bis 34 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 34 501 bis 42 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Es kann gegen Vorlage des Lebensmittelscheines an Haushalte mit 1 bis 2 Personen ein Stück Rasierseife, an Haushalte mit 3—4 Personen 2 Stück und an Haushalte mit 5—6 Personen 3 Stück usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für ein Stück Rasierseife beträgt 60 Pfg. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— Keine Postsendungen mehr an Kriegsgefangene. Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen aus dem englischen, amerikanischen und italienischen Machtbereich mit Ausnahme der in einigen überseeischen Ländern festgehaltenen Gefangenen ist bereits in vollem Gange und soll in kürzester Frist durchgeführt werden. Es empfiehlt sich daher im allgemeinen, fortan keinerlei Brief-, Paket- oder Geldsendungen mehr an die in Frage kommenden Gefangenen abzusenden, um Verluste der Sendungen und die sich daraus ergebenden Weiterungen zu vermeiden. Postsendungen an deutsche, in britischer Hand auf französischem und belgischem Boden befindliche Gefangene können überhaupt nicht mehr befördert werden. Unterwegs befindliche gehen an die Absender zurück. Für Gefangene in französischer, belgischer, russischer, polnischer und rumänischer Gewalt treffen diese Ausführungen nicht zu. Sendungen an diese Gefangenen sind daher, soweit ein Postverkehr überhaupt möglich ist, nach wie vor abzusenden.

— Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen. Infolge Erkrankung des Referenten sieht sich die Landwirtschaftskammer gezwungen, die am 7. Oktober in Halle, am 9. Oktober in Magdeburg und am 11. Oktober in Erfurt angesetzten Lehrgänge über Wollkunde und Schafzuchtung bis auf weiteres zu verschieben.

— Deutscher Offiziersbund. Wie schon durch Inserat bekanntgegeben, veranstaltet der D. O. B. am 10. Oktober, abends um 8 Uhr, einen Bierabend im Restaurant „Kaiser Wilhelm".

— Die Entomologische Gesellschaft hält am Mittwoch abend Vortrag mit Vorweisungen im „Nikolaus". Gäste willkommen.

— Professor Alexander Petschnikoff-Konzert. Ein Besuch dieses Konzerts am Freitag, 10. Oktober, im „Mozartsaal", ist allen Musikfreunden zu empfehlen. Studentenkarten für 2,10 und 1,60 Mk., sowie Schülerkarten 1,10 Mk. bei H. Hothan.

Apollotheater

„Der liebe Augustin", von Leo Fall.

In die „höfischen Länder" führt die Handlung, auch in ein Land unbegrenzter Möglichkeiten, wenn man sich gewisser Zustände dort erinnert. Revolutionsgeist atmet die operettenhafte Verspottung des in ewiger Geldklemme sitzenden Regenten von Thessalien, gesunden Menschenverstand und „weanerischen Jamur" vertritt in diesem höfischen Wirrwarr von Pfändung, Militärrevolte usw. eben „Der lustige Augustin", der Klavierlehrer der kleblichen Prinzessin. Motiv vom blonden Pagen und der jungen Königin. Dazu wiederum ganz operettenhafte Lösungsmöglichkeit durch Kindervertauschung und glücklichste Auflösung des Knotens. Die ganz nach Märchen aussehende Handlung unterhält aber nur die Spielleitung sorgte für eine bewegliche, frische Aufmachung. Dazu enthält die Musik ein ganzes Bündel melodiöser Lieder, die schmeichelnd das Ohr umgarnen.

Kapellmeister Kurt Pastor dirigierte schneidig und gewandt. — Auch auf der Bühne war man mit Lust und Liebe bei der Sache. Zwei Gäste waren bei der Erstaufführung zugegen. Max Willenz vom Theater a. d. Wien in Wien schuf in dem Augustin eine sehr sympatische Gestalt, möglichst natürlich, ohne opperettenhafte Gewohnheiten und wirkte desto mehr. Eine gewandte und fröhliche Partnerin war ihm Frl. Lydia Petry als Prinzessin Helene, die auch nicht geknitzelt, dafür frisch naiv auftrat und auch schön sang. Als zweiter Gast des Abends spielte Dominik Löscher vom Gärtnertheater in München den Fürsten Nicola, sehr blasiert und sehr komisch, fast etwas zu übertrieben für den auf einen gemütigteren Ton abgestimmten Abend. Die Gegenspielerin, Frl. Trude Adam war als Anna gewiß sehr munter und beweglich, aber doch auch dauernd zu einseitig in der Betonung ihrer Vornehmheit. Jakob Kessenich war in der Rolle des wilden Mannes (Regent Bogumil) gut auf dem Platze. Von guter Auffassung und Durchführung zeugte Rud. Luthers Kammerdiener Jesomirgott. Man unterhielt sich gut und spendete Blumen und viel Beifall. E. B.

*

— Stadttheater. Heute, Dienstag, wird „Zar und Zimmermann" gegeben. Mittwoch — Anfang um 7 Uhr — „Egmont". Am Donnerstag gelangt unter der Spielleitung von Adalbert Kriwat der Schwank „Die Rutschbahn" von Heinz Gordon und Kurt Götz zur Erstaufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Helene Hartmann, Charlotte von Durand, Irma Grami, Dora Debicke, Helene Senken, Annemargret Schön und die Herren Adalbert Kriwat, Willy Schur, Olaf Bach. Freitag geht Meyerbeers Oper „Die Hugenotten" in Szene. Sonnabend „Martha". Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen „Heimat", Sonntag abend „Die Zauberflöte".

— Hans Kleemann op. 1 zwei Mädchenlieder und op. 4 vier Lieder. Verlag von C. A. Klemm, Leipzig. Unser einheimischer Musikschriftsteller und Komponist Dr. Hans Kleemann hat bei Klemm in Leipzig eine Reihe von Liedern erscheinen lassen, die wir unsern Lesern angelegentlich empfehlen möchten. Dr. Kleemann ist ja unsern Musikfreunden bereits bekannt geworden durch ein Klaviertrio, das in einer Kammermusik des Willequartetts gespielt wurde. Auch in den oben angezeigten Liedern erweist er sich als ernsthaft strebenden Tonsetzer. Die Texte sind geschmackvoll ausgewählt und haben eine ihrem Sinn entsprechende Vertonung erfahren. Ueberall ist auf eine sangbare Melodie Bedacht genommen, die durch eine sorgfältig gearbeitete und harmonisch reiche Klavierbegleitung trefflich gestützt wird. Besonders gut ist der Stimmungsgehalt in „der weiße Mond" und „Mittagszauber" aus op. 4. Auch das neckische „Mädchenlied" aus op. 1 nimmt sich in seiner musikalischen Einkleidung sehr wirksam aus.

— Konzert. Drei hervorragende Dresdener Künstler von Ruf, Helen Netlow (Gesang), Prof. Rappoldi (Violine) und Kapellmeister Kurt Striegler (Klavier) geben morgen, Mittwoch, im „Mozartsaal" ein Konzert mit sehr wertvollem Programm. (S. Anzeige.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910072-14/fragment/page=0005

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung“ gestattet

Die Tarifverhandlungen um den mitteldeutschen Braunkohlentarif

Die am 1. Oktober 1919 wegen des Dazwischentretens des Bezirksbergarbeiterrates Halle abgebrochenen Tarifverhandlungen wurden am 6. Oktober in Halle wieder aufgenommen. Es waren nur solche Teilnehmer geladen, die gewillt waren, auch ohne Beisein des kommunistischen Bezirksbergarbeiterrates, der sich auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft nicht stellen will, zu verhandeln. Die für die Verhandlungen vorgelegten Entwürfe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurden vergleichend besprochen und Abänderungs- und Zusatzanträge entgegengenommen. Da es sich zeigte, daß in der heutigen Versammlung von etwa 150 Köpfen ein fruchtbringendes Arbeiten sich wohl kaum durchführen lassen würde, so waren sich die Beteiligten darüber einig, daß die Weiterarbeit einer aus Vertretern der Arbeitgeber einerseits und der Belegschaftsmitglieder und der Organisationsvertreter andererseits aus den einzelnen Revieren gewählten engeren Kommission zu übertragen wäre. Diese etwa aus 50 Köpfen bestehende Kommission wird die Verhandlungen am Dienstag fortsetzen und den Manteltarif nach Fertigstellung der sogenannten Plenarversammlung zur Annahme vorlegen.

Der Phönix und die deutsche Wirtschaftslage

Der nunmehr vorliegende Jahresbericht der Phönix-Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hörde, deren Abschlußziffern wir bereits mitgeteilt haben, entwirft ein wenig erfreuliches Bild der Wirtschaftsverhältnisse im verflossenen Jahre und der Zukunft. Durch die Wirkung der innerpolitischen Umwälzung hätten sich die Betriebsverhältnisse seit November vorigen Jahres derartig gestaltet, daß die wirtschaftliche Ausnutzung der Zechen und Hütten ernstlich in Frage gestellt ist. Als besonders folgenschwer wird die überstürzte Einführung der achtstündigen Arbeitszeit hingestellt. Es trat ein starker Rückgang der Erzeugnisse ein, unter dem wir jetzt allgemein leiden. Von gleich verhängnisvollem Einfluß auf die geschäftlichen Ergebnisse war die seit November ununterbrochen fortdauernde Lohnbewegung. Die Löhne haben nach Ansicht der Verwaltung jetzt eine Höhe erreicht, die die Grenze, bis zu der Löhne ohne Beeinträchtigung der Existenzmöglichkeit gezahlt werden können, bei vielen Unternehmungen längst überschritten haben. Dies ist besonders deshalb der Fall, weil den hohen Löhnen keine entsprechende Arbeitsleistung gegenübersteht.

Im Brennpunkt des allgemeinen Interesses standen im Berichtsjahr die Kohlenfrage und im Zusammenhang damit das Kohlen-Syndikat, einesteils, weil die auf dem Programm der neuen Regierung stehende Sozialisierung in erster Linie den Kohlenbergbau erfassen sollte, anderenteils, weil die Folgen der sinkenden Kohlenförderung sich am schnellsten und empfindlichsten überall bemerkbar machten. Hinsichtlich des Stahlwerksverbandes bemerkt die Verwaltung, daß die große Mehrheit der Werke doch den Wunsch hat, den Verband als eine wichtige Stelle im Wirtschaftsleben zu erhalten, besonders auch mit Rücksicht auf die nötige Regelung des Verhältnisses zwischen Inlandsversorgung und Ausfuhr.

Ueber die Zukunftsaussichten sagt der Bericht u. a.: Wie sich die Verhältnisse selbst in der nächsten Zukunft gestalten werden, ist nicht abzusehen. Schwere Hemmungen hat das deutsche Volk zu überwinden, um zu einem Wiederaufbau seines politischen und Wirtschaftslebens zu gelangen. Der Friedensvertrag, der gewalttätigste, den die Geschichte kennt, legt einem jeden drückende Lasten auf, und alle von Phantasten immer wieder an erträumte Anschauungen der Gegner geknüpften Hoffnungen auf seine Milderung sind gescheitert. Vergeblich bemüht sich die neue Regierung, die für unsere Wiederaufrichtung nötige Ordnung und Sicherheit zu schaffen und erklärt das Ausbleiben der so lange gepredigten idealen Zustände, die so viele von dem Umsturz erwarteten, mit dem Hinweis auf die von dem alten System und dem sogenannten Kapitalismus hinterlassenen völlig verkommenen Verhältnisse. Zur Kenntnis müsse allgemein kommen, daß wir nicht für uns allein Wirtschaftspolitik treiben können, sondern für die Ein- und Ausfuhr auf die Weltwirtschaft Rücksicht nehmen müssen und daß bei uns ebensowenig wie anderswo in guten, aber vor allem in schlechten Zeiten die Intelligenz und Tatkraft des Unternehmers und der Wagemut des Kapitals zu entbehren sind. Vor allem aber, und das ist das Entscheidende, muß bei den Angestellten und Arbeitern wieder das Gefühl dafür erwachsen, daß ein enges Verhältnis zwischen Lohn und Leistung bestehen muß, und daß angespannte, pflichttreue Arbeit nötig ist, um die Leistungsfähigkeit der Werke und damit des Landes zu erhalten.

Industrie, Handel, Handwerk

Die neuen Preisforderungen für die Eisenindustrie. Dem Reichswirtschaftsamt liegt jetzt die eingehende Begründung der neuen Preisforderung für die Eisenindustrie vor. Danach wünscht die Industrie eine grundsätzliche Erhöhung des Preisniveaus, um unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Produktionsverhältnisse laufende Anträge für die nächsten Monate zu stabileren Preisen abschließen zu können. Das Preisniveau soll für alle Sorten um durchschnittlich 300 Mark pro Tonne erhöht werden. Für einzelne Sorten werden jedoch auch Preiserhöhungen von 350 Mk. und 400 Mk., so für Bleche, Stabeisen und Träger verlangt. Es ist damit zu rechnen, daß im wesentlichen das Reichswirtschaftsamt den Forderungen nachgeben wird, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Eisenindustrie auch mit dem Ausland durch die jetzt dringend notwendige innere Konsolidierung der Produktionsverhältnisse zu unterstützen. Die neuen Preise werden noch im Laufe dieser Woche festgesetzt werden.

✱ **Aus der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie.** Es sind Bestrebungen im Gange, eine Industriegenossenschaft für Süßigkeiten zu schaffen, in der die bestehenden Verbände der Schokoladen-, Zuckerwaren- und Keksfabrikanten vereinigt werden sollen. Die Regierung steht dem Plane sympathisch gegenüber. Zurzeit sind die maßgebenden wirtschaftlichen Verbände der „Verband Deutscher Schokoladenfabrikanten“ zu Dresden und die „Vereinigung der Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten“ zu Würzburg.

✱ **Als neuer Meßzweig soll der Leipziger Mustermesse** eine Abteilung für Hüte und Mützen angegliedert werden, und zwar tunlichst in konzentrierten Ausstellungsräumen.

Die Markvaluta notierte am 6. Oktober in Wien 305 (298), in Zürich 22¾ (23,20).

Aktiengesellschaften

Friedrich Töpel Aktiengesellschaft, Oberpöllnitz bei Triptis. Der Fabrikationsgewinn in 1918/19 beläuft sich auf 276 835 Mk. Nach Abschreibungen von 4524 Mk. bleibt ein Reingewinn von 65 279 Mk. aus welchem u. a. 13 Prozent Dividende verteilt wurden.

Hohenlohe-Werke Akt.-Ges. Die Generalversammlung genehmigte den Jahresabschluß und die Deckung des 6 010 824 M. betragenden Jahresverlustes aus dem Reservefonds und wählte neu in den Aufsichtsrat die Generaldirektoren Schattenbrand-Düsseldorf und Jacob-Duisburg.

„H. Z.“ Sportberichte

— **Die Mitteldeutsche Pokalmannschaft,** die sich am nächsten Sonntag in Halle in der Vorrunde um den Deutschen Fußball-Pokal auf Süddeutschland trifft, wurde nach dem mit 3:1 gegen Eintracht-Leipzig gewonnenen Uebungsspiel wie folgt aufgestellt: Tor: Maurer (Germania-Magdeburg); Verteidiger: Denkewitz (V. f. B.-Leipzig), Hempel (Sportfreunde-Leipzig); Läufer: Burkhardt (Halle 96), Tuda (S. C.-Erfurt), Ehlicher (Halle 96); Stürmer: Hansi (V. f. B.-Leipzig), Paulsen (V. f. B.-Leipzig), Förderer (Halle 96), Edi (V. f. B.-Leipzig), Witzschel (Sportlust-Dresden).

— **Hockey.** Die vollständige erste Hockeymannschaft von (Halle 96) V. f. L. spielte in Leipzig gegen die erste Elf von V. f. B.-Leipzig 1:1. Das schnelle und äußerst faire Spiel brachte den Leipzigern durch plazierten Schuß das erste Tor. Lange Zeit Mittelfeldspiel, beiderseits gute Verteidigungen ließen den Stürmern seltene Schußgelegenheit, so daß Halle sich immer mehr anstrengte, das Tor aufzuholen. Doch die ganz neue Stürmerreihe der Hallenser kannte sich noch zu wenig, um ein flüssiges Kombinationsspiel in Gang zu bringen. Eine Umstellung, Gilfert in den Sturm, brachte mehr Gefahr in den gegnerischen Schußkreis und auch bald den verdienten Ausgleich durch G. Halle drückte die letzten 10 Minuten stark durch, doch verfehlten die scharfen Schüsse ihr Ziel. Die Torpfosten und der hervorragende Leipziger Torwart verhinderten den Sieg der Hallenser. Am 12. Oktober findet auf dem 96er Platz ein Spiel der ersten Mannschaft von Halle und Weißenfels statt, ½5 Uhr nach dem Bundes-Pokalfußballspiel. — Die Damenmannschaft spielt am 26. Oktober in Leipzig gegen Wacker und am 3. November gegen Sandersdorfer Damenmannschaft in Halle. — Die zweite Mannschaft der V. f. Ler wird auch am 26. Oktober erstmalig antreten in Leipzig gegen Wacker III.

ri. **Sportverein Viktoria—Cricket Viktoria 2:2 (2:0).** Auch das „Derby“ der „Alten Herren“ endete unentschieden, so daß beide Mannschaften mit gleicher Punktzahl führen.

*

ri. **Cöthen.** Gau Anhalt schlägt Gau Mittelelbe (Magdeburg) mit 3:2 (2:2). Wie bereits das erste Spiel der Magdeburger Gaumannschaft in dieser Spielzeit mit einer hohen Niederlage endete, da der Gau eine derart schlechte Mannschaft aufgestellt hatte, die den Altmärkern ein klägliches Spiel vorführten, so hatte auch diese Mannschaft derart schwache Punkte aufzuweisen, besonders die Außenläufer und der gesamte linke Stürmerflügel, so daß die gute Verteidigung, trotzdem Maurer im Tor ersetzt werden mußte, die knappe Niederlage nicht zu verhindern vermochte. Wann wird der Gauvorstand des Mittelgaues endlich die Lehre daraus ziehen, daß nur das Beste aufgestellt werden muß, soll ein der Spielstärke entsprechendes Resultat erzielt werden, wenn es auch nur kleinere, als weniger spielstark angesehene Gaue sind? Das letzte Spiel der beiden Gaue endete in Magdeburg unentschieden 3:3.

ri. **Magdeburg.** Sportverein Viktoria—Preußen 99 1:1 (1:0). Der mit dem bereits 40jährigen internationalen Matthes als Verteidiger und dem ebenfalls nicht mehr jugendlichen Droz als Mittelläufer antretenden Sportvereins-Elf gelang es nur einen der beiden Punkte zu retten.

ri. **Burg.** Preußen—Weitstoß-Schönebeck 1:3. Nach 4 verlorenen Spielen errangen die Schönebecker die ersten zwei Punkte, während die Preußen neben der Magdeburger Sport- und Spielvereinigung noch immer punktlos dastehen.

*

— **Einen neuen Schnelligkeitsweltrekord** stellte der französische Flieger S. Lacointe auf, indem er mit einem 300 pferdigen Motor in der Stunde 298 Kilometer zurücklegte

Mitteldeutsche Privat-Bank, A.-G., Filiale Halle a. S., Poststrasse 12. Tel. 1382, 1383, 1692. Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte

Stellen-Angebote

Dienerehepaar, gelernter Diener, perfekte Köchin, zu einzelnem Herrn im Vorort Berlins per 1. Januar 1920 gesucht. Angebote unter F. A. 4533 an die „Ala“, Berlin SW. 19.

Stellen-Gesuche

Jg. Dame, vielf. geb., perf. Stenographie und Schreibmaschine, sucht Stellung als **Privatsekretärin** oder ähnl. Beste Zeugn. u. Empfehlungen. Angeb. unter Z. 2112 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Kaufgesuche

Kaufe: Hafer, Erbsen, Zwiebeln, Möhren, Stroh, Heu zum Tagespreise. Hesse, Rauendorf (Saalkreis).

Futterrüben- Zuckerrüben- Herbstrüben- Kohlrüben- Samen
Kümmel, Viktoria-Erbsen Linsen
in größeren Posten laufend zu kaufen gesucht. Hermann Korte, Samenhandlung, Quedlinburg, Kleersstraße. Tel. 886.

Eine Fuhre **Kleehen** und Futterrüben zu kaufen gesucht. Engel & Vogel, Halle, Niemeyerstr. 18. Tel. 7741.

Steckzwiebeln, allerkleinste, kaufe jed. Posten. Muster nebst Preis erbeten. H. Thiele, Saaten-Engros Könnern a. S.

Pacht-Gesuche

Einige Morgen Land in der näheren Umgebung der Stadt zu pachten gesucht. Angeb. u. B. Z. 1631 an Rudolf Mosse, Brüderstr. 4, erbeten.

Verkäufe

Elegantes **Herren-Zimmer, Speise-Zimmer,** beide dunkel Eiche u. noch nicht gebraucht, Verhältnisse halber sof. zu verkaufen. Gr. Brauhausstr. 4 II.

Scheuertücher empfiehlt H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Echter **Biedermeiersalon** wegen Raummangel zu verkaufen. Wettiner Str. 19 III.

Hobelbänke. Einige gebrauchte, sehr gut erhaltene Stellmacher- und Tischlerhobelbänke sowie Werkzeugschränke preiswert zu verkaufen. **Otto Kühn,** Merseburgerstraße 151, Fabrik für Kraftfahrzeuge.

Jeden Posten **Saatkartoffeln,** auf Sandboden gewachsen, verkauft zu den gesetzlichen Bestimmungen Hesse, Rauendorf (Saalkreis)

Ein Paar Celler **Wagenpferde,** 174 cm, 5 jährig, flott, fromm, fehlerfrei, Fuchs u. Braumer, zu verk. W. Schaefer, Wegeleben.

Gleisanschlußgrundstücke direkt am Hauptbahnhof Halle, für Fabriken, Lagerplätze, Speicher und Lagerhäuser, mit Front nach der verlängerten Freiimfelderstraße bei der Drogerie Fritzsche, Haltestelle der Linien 2 und 9, sowie Delitzscherstraße, zu verpachten evtl. zu verkaufen. Wünsche betreffs Lage der einzelnen Abzweigungen können noch Berücksichtigung finden. **Gustav Kamprath, Bassin- und Apparate-Bau,** Neuß. Delitzscherstraße 26. — Fernruf 1134.

Pflanz-Kartoffeln in Früh-, Mittel- und Spät-Sorten, aus nur anerkannten Saatgutwirtschaften, auf Sandboden gezüchtet, für hiesige Gegend das Beste empfehlen zur Herbst- oder Frühjahrslieferung bei sofortigem Abschluß in einwandfreien Qualitäten zu gesetzlichen Bestimmungen. **Alfred Drescher, G. m. b. H.,** Halle a. S. Fernruf 1240 und 1251.

Auktion edler ostpreußischer :: Pferde ::
am Montag und Dienstag, den 13. und 14. Oktober 1919 auf dem städtischen Viehhofe in Königsberg i. Pr. (Rosenau).
Es kommen zur Auktion **ca. 300 Pferde** aus den Jahrgängen 1916 und 1917.
— Jedermann ist zur Auktion zugelassen. —
Zeiteinteilung:
Am Montag, den 13. Okt. 1919, vorm. 9 Uhr: Vorführung der Pferde an der Hand, vormittags 12 Uhr: Beginn der Auktion.
Am Dienstag, den 14. Okt., vorm. 9 Uhr: Fortsetzung der Auktion.
Ausfuhr und Verladung kann nach ganz Deutschland erfolgen. Spedition und Transportversicherung in der Auktionshalle.
Ausstellungsverzeichnisse sind gegen Einsendung von 1 Mk. von der Landwirtschaftskammer in Königsberg i. Pr. zu beziehen. Es werden nur von Bankanstalten bestätigte Schecks in Zahlung genommen.
Landwirtschaftskammer für d. Prov. Ostpr.

Wegen Anschaffung eines Autos verkaufe ein Paar hochelegante **Wagenpferde,** Dunkelschimmelstute und Fuchswallach, 168 cm, 6- und 8jährig, fehlerfrei, sicher und flott gefahren, Fuchs auch firm geritten. Preis 20 000 Mk. Anfragen unter Z. 2109 an die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Pferdebesitzer! Kleintierzüchter! Schweinehalter! An einigen Tagen der Woche haben wir noch einige Zentner **Nasstreber** abzugeben. Vorzügliches Futtermittel. Zentnerpreis 3,25 M. ab Fabrik. Vorherige Anmeldung nötig. Mitteldeutsche Hefefabrik, Halle-Giebichenstein, Rainstraße 19.

71. Zuchtvieh-Versteigerung des Verbandes für die Zucht des schwarzbunten Tieflandrindes in der Provinz Sachsen.
Am Donnerstag, den 16. Oktober 1919, vorm. 11 Uhr findet in der Viehhalle am Ostbahnhof in Stendal die 71. Zuchtvieh-Versteigerung statt.
Es gelangen ca. 80 Bullen im Alter von 12 bis 20 Monaten und ca. 40 Färsen zum Verkauf, welche durch eine Kommission besichtigt und ausgewählt sind. Sämtliche Herden stehen unter obligatorischer Kontrolle des Tuberkulosetilgungsverfahrens. Für einen großen Teil der Mütter der Auktionstiere liegen Kontrollvereinsabschlüsse vor. Verkaufsverzeichnisse versendet die Geschäftsst. des Verbandes in Halle, Kaiserstr. 7, v. 1. Okt. ab.
Bei der Versteigerung müssen Käufer aus der Provinz Sachsen eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde (Amtsvorsteher) vorlegen, daß die Tiere zu Zuchtzwecken gekauft werden, bezw. Käufer aus fremden Provinzen die Einfuhrerlaubnis der dortigen Provinzial-Fleischstelle.

Verpachtungen

Verpachtung. Mein Gut, etwa 160 Morg. groß, im Saalkreis gelegen, will ich zum 1. April 1920 auf 6 Jahre verpachten. Massive, reichliche Gebäude vorhanden. Angebote unter B. D. 1635 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4, erbeten.

Miet-Gesuche

Feldzugsteilnehmer, Ende 20er, Maschinist, der trotz aller Bemühungen bisher Wohnung zur Gründung eigenen Hausstandes nicht bekom. konnte, würde herzlich gern mit bescheidenen Räumen in Villa od. ähnl. zufrieden sein, und erb. gefl. Ang. unt. Z. 2111 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Für sofort ein oder zwei **möbl. Zimmer** in gutem Hause mit Pension gesucht. Angebote mit Preisangabe an Major Scholtze, Hotel Preußenhof.

Großer **Laden gesucht.** Kunstgewerbehaus.

Zwei Studenten suchen **1—2 möbl. Zimmer.** Ang. unter Guttmann an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Geldverkehr

Ca. Mk. 75 000 auf unbedingt sichere Hypothek, möglichst Acker, per 1. 1. 20 auszuleihen. Offert. erb. unter Z. 2110 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

50 000 Mark auf 1. Hyp., auch geteilt, zu vergeben. Off. u. Z. 2108 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Verschiedenes

Prima Kernseife, 70% Fettgehalt in Riegeln von 2½ Pfund, das Pfund M. 6.90. Postkolli 10 Pfund franko Nachnahme. A. Reichenbach, Köln a. Rhein, Lütticher Str. 33.

Beschluß.

Das Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung des in Halle, Rannischestr. 1 belegenen, im Grundbuche von Halle Band 209 Blatt 7046 auf den Namen des Bauunternehmers Otto Reinicke in Halle eingetragenen Grundstücks wird aufgehoben. Der auf den 30. Oktober 1919 bestimmte Termin fällt weg.

Halle (S.), den 1. Okt. 1919. Das Amtsgericht, Abt. 7.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 3. 1850 und der §§ 143 und 144 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 wird hierdurch mit Zustimmung des Magistrates für den Stadtkreis Halle verordnet:

Die Polizeiverordnung vom 10. 8. 1880 über die Gas-Sparapparate wird außer Kraft gesetzt.

Halle, den 16. September 1919.

Die Polizeiverwaltung. Rive.

Bekanntmachung.

Die Räude bei dem Pferde des Herrn Mündecke, hier, Hardenbergstraße 15, ist erloschen. Die angeordneten Sperrmaßnahmen sind aufgehoben worden.

Halle, d. 3. Okt. 1919. Die Polizeiverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191910072-14/fragment/page=0006